

XI. WIRTSCHAFTS - und ERNÄHRUNGS - ANGELEGENHEITEN .

Marktamt

Der Aufgabenbereich des Marktamtes der Stadt Wien gliederte sich in folgende Hauptgruppen:

Marktbehördliche Tätigkeit:

Marktamt, Einrichtung und Dienstaufsicht; Marktwesen mit Ausnahme der Viehmärkte und Fleischgroßmärkte (städtische Marktordnungen, Marktgebühren); städtische Brückenwaagen ; offene Märkte, Detailmarkthalle, Großmarkthalle, Allgemeine Abteilung, Verwaltung; Markthütten und Standplätze auf dem Naschmarkt und in der Großmarkthalle, Allgemeine Abteilung, Vergebung und Entziehung, Einhebung der Marktgebühren ; Markthelfer auf den in der Verwaltung des Marktamtes stehenden Marktobjekten, Zulassung und Widerruf der Zulassung.

Marktämtliche Tätigkeit:

Ernährungsdienst (markt-, lebensmittel-, mass- und gewichtspolizeilicher Aufsichtsdienst; unmittelbare Überwachung der dem Marktamt unterstehenden Märkte und Markthallen; Marktgebühren, Gebarung; städtische Brückenwaagen, Betrieb und Gebühreneinhebung; Markt- und Lebensmittelstatistik; Erhebung der Lebenshaltungskosten; Überwachung der Lebensmittelversorgung hinsichtlich Bedarf und Beschickung; Preiserhebungen und Situationsberichte; Mitwirkung bei der Preisfestsetzung und Preisüberwachung.

Außer diesen Aufgaben führte das Marktamt auch den gewerbepolizeilichen Außendienst, die Gebarung bei den Straßenständen und den wirtschaftlichen Erhebungsdienst durch.

Aus Ersparnisgründen konnten keine größeren baulichen Herstellungen auf den Märkten ausgeführt werden. Es wurden lediglich die üblichen Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Weniger dringliche Arbeiten mußten zurückgestellt werden. Dennoch wurde getrachtet, die Märkte leistungsfähig zu erhalten; trotz starker Einengungen infolge der Kriegswirtschaft zeigte es sich, daß die Märkte keineswegs ihre Bedeutung einbüßten.

Mit der knapper werdenden Lebensmittelversorgung im Kriege nahmen Schwarzschlachtungen, Warenschiebungen und Hamsterkäufe zu. Die Marktamtsabteilungen mußten in zahlreichen Fällen ein-

greifen. Es mehrten sich die Beschwerden über ungleichmäßige Verteilung und mangelhafte Güte der Waren. Dazu kam noch, daß eine große Zahl von Verbrauchern bei Unklarheiten in Kartenangelegenheiten, Fristversäumnissen, Übersiedlungen beim Marktamt Rat und Hilfe suchte.

Infolge der Einberufung von Geschäftsinhabern zum Wehrdienst mußte eine Reihe von Lebensmittelgeschäften gesperrt werden. Die Abwicklung der Geschäftssperren war nicht immer einfach. Schwierigkeiten ergaben sich wegen der strengen Verrechnung der kartengebundenen Waren besonders dann, wenn nach Überprüfung der Warenstandsmeldungen Firmenbestätigungen über Bezugscheinguthaben oder Bezugscheinschulden nur erst nach wiederholter Aufforderung an die Lieferfirmen beschafft werden konnten. Die vorhandenen Warenvorräte wurden an nahe gelegene, vertrauenswürdige Geschäfte aufgeteilt. Die Kunden von gesperrten Obst- und Grünwarengeschäften mußten zu anderen in Betrieb stehenden Geschäfte umrayoniert werden. Bei gesperrten Materialwarenhandlungen mußten die Petroleumbezieher umrayoniert werden. Eine bedeutende Mehrarbeit erwuchs dem Marktamt aus den Beschwerden über die Beschaffenheit der Kartoffel. Die Kartoffeln wurden häufig in offenen Waggons befördert und mit den ersten Herbstfrösten kamen sie vielfach gefroren in Wien an und eigneten sich nicht mehr zur Einlagerung.

Auch Mindergewicht bei gelieferten Hausbrand war vielfach Gegenstand von Amtshandlungen des Marktamtes, in zahlreichen Fällen mußte eine Anzeige an die Strafbehörden erstattet werden.

Schwierig war es auch die von der Kriminalpolizei beschlagnahmte "Hamsterware" zu verwerten, besonders dann, wenn es sich um leicht verderbliche Waren handelte.

Die Schwierigkeiten bei der Gemüseversorgung führten zu vielen Beschwerden bei den verschiedenen Marktamtsabteilungen. Die Gemüseüberwachung, die Warenverteilung vom Groß- zum Kleinhändler wurde wohl durch die mit 7. Oktober 1942 eingeführten Bezugskarten für Obst und Grünwaren für die Kleinverteiler erleichtert, doch erwachsen dem Marktamt hiedurch nicht unerhebliche Mehrarbeiten. Infolge dieser Einführung wurde innerhalb von festgelegten Einkaufsgebieten von dem starren Kundensystem abgegangen und so der Kleinhändler grundsätzlich berechtigt, bei allen in seinem Einkaufsgebiete gelegenen Großhändlern Ware einzukaufen. Es wurde jedoch erwartet, daß der Kleinvertriebler noch wie vor bei einem Großvertriebler Stammkunde bliebe. Hier setzten nun verschiedene

Streitigkeiten zwischen Groß- und Kleinhändlern ein. Da sie sich in vielen Fällen nicht selbst einigen konnten, mußte das Marktamt häufig intervenieren.

Die Einführung der Obst- und Gemüsekarten für die Kleinverteiler machte es notwendig, daß die für die Verteilung bestimmten Waren, mittels Aufruf bekanntgegeben wurden. Dieser Aufruf erfolgte durch Anschlag einer Liste der zu verteilenden Waren und Bekanntgabe des Abschnittes und der auf den Abschnitt der Vollaugskarte entfallenden Menge durch den Marktbeauftragten. Wenn beschädigte Ware oder solche Ware, die eine Lagerung bis zum nächstfolgenden Markttage nicht vertrug, im Rahmen des Aufrufes nicht abzusetzen war, konnte sie frei oder in erhöhter Menge abgegeben werden.

Sonstige Aufgaben, die sich aus den Kriegsverhältnissen ergaben, waren: Interventionen wegen angeblicher Benachteiligung beim Abschneiden oder Entwerten von Lebensmittelkartenabschnitten;

Stellungnahmen zu den Ansuchen von Bewilligungen für Kraftfahrzeuge zum Güterverkehr wegen Kriegswirtschaftlicher Dringlichkeit;

überwacht wurde auch die Einhaltung der Pflichtverkaufsstunden; bei Ansuchen um Ehestandsdarlehen und Wirtschaftsbeihilfen für Eingerückte, sowie im Rahmen der Hinterbliebenenfürsorge mußten die Wirtschaftsverhältnisse erhoben werden. Außerdem wurden Bescheinigungen für die Notwendigkeit von Eisenkennziffern zu dem Erwerb von Waagen und Gewichten ausgestellt.

a) M ä r k t e .

In Wien wurden 49 Märkte und Markthallen vom Marktamt verwaltet:

aa) Jahrmärkte:

- Fastenmarkt 17., Kalvarienberggasse, vom Aschermittwoch bis Ostermontag,
Perigrinimarkt 9., Servitengasse, eine Woche vor und zwei Wochen nach Perigrinus (27. April),
Firmungsmarkt 1., Stefansplatz, zwei Wochen vor und eine Woche nach Pfingsten,
Allerheiligenmarkt 11., vor dem Zentralfriedhof, zu Allerheiligen,

Leopoldmarkt, 26., Klosterneuburg, Mitte November,
Weihnachtsmarkt, 1., Am Hof, im Dezember.

bb) Wochenmärkte:

- I. Bezirk, Zentralfischmarkt(Groß-und Kleinhandelsmarkt),
Franz Josefskai, Blumengroßmarkt, Parkring, Klein-
handelsmarkt, Freyung,
- II. Bezirk. Kleinhandelsmärkte: Im Werd, Volkertplatz, Vorgar-
tenstraße,
- III. Bezirk, Landstraße Hauptstraße(Augustinermarkt), Radetsky-
platz samt den Bogenöffnungen der Wiener Verbindungs-
bahn, Großmarkthalle, Allgemeine Abteilung, Land-
straße Hauptstraße,
- IV. Bezirk, Groß- und Kleinhandelsmarkt Naschmarkt auf der Wien-
flußwölbung, Kleinhandelsmarkt St. Elisabethplatz,
Kleinhandelsmarkthalle, Phorusplatz,
- V. Bezirk, Kleinhandelsmarkt, Am Hundsturm,
- VII. Bezirk, Kleinhandelsmarkthalle, Burggasse,
- IX. Bezirk, Kleinhandelsmarkt, Zimmermannsplatz,
Kleinhandelsmarkthalle, Nußdorferstraße 22,
- X. Bezirk, Groß- und Kleinhandelsmarkt, Viktor Adlerplatz,
- XI. Bezirk, Kleinhandelsmarkt, Lorystraße,
- XII. Bezirk, Kleinhandelsmarkt, Niederhofstraße,
- XV. Bezirk, Groß- und Kleinhandelsmarkt, Schwendergasse,
Kleinhandelsmarkt, Meiselstraße,
Kleinhandelsmarkt, Reithofferplatz,
- XVI. Bezirk, ~~Großmarkt~~, Yppenplatz, Kleinhandelsmärkte Brunnen-
gasse, Johann Nepomuk Bergerplatz,
- XVII. Bezirk, Kleinhandelsmarkt, Dörnerplatz,
- XVIII. Bezirk, Kleinhandelsmärkte Kutschkergasse, Johann Nepo-
muk Voglplatz, Gersthofen Markt,
- XIX. Bezirk, Kleinhandelsmärkte: Heiligenstädterstraße, Sonnberg-
platz,
- XX. Bezirk, Kleinhandelsmärkte, Hannovergasse, Mortaraplatz, Bri-
gittenauerländer,
- XXI. Bezirk, Kleinhandelsmarkt, Floridsdorfer Markt beim Schlinger-
hof,
- XXII. Bezirk, Kleinhandelsmärkte, Genochplatz, Groß-Enzersdorfer-
platz,
- XXIII. Bezirk, Kleinhandelsmärkte Schwechat, Gramatneusiedl, Fischma-
mend,

XXIV. Bezirk, Kleinhandelsmarkt Mödling, Adolf Hitlerplatz,

XXV. Bezirk, Kleinhandelsmarkt Liesing,

XXVI. Bezirk, Klosterneuburg, Niedermarkt.

c.) B r ü c k e n w a a g e n

Folgende 20 städtische Brückenwaagen wurden im Berichtsabschnitt vom Marktamt verwaltet:

2. Bezirk: Markt im Werd, 4. Bezirk: Naschmarkt, 5. Bezirk: Matzleinsdorferplatz, 10. Bezirk: Markt Viktor Adlerplatz, 11. Bezirk: Simmeringer-Markt, 12. Bezirk: Meidlinger-Markt, 15. Bezirk: Meiselmarkt, 16. Bezirk: Yppenmarkt, 17. Bezirk: Röttergasse, 19. Bezirk: Geisttingergasse- Heiligenstädterstraße, 20. Bezirk: Hannovermarkt, 21. Bezirk: Floridsdorfer Markt, 21. Bezirk: Leopoldau, 23. Bezirk: Schwechat, Fischamend, Gramatneusiedl, Pellendorf, Mannswörth, 26. Bezirk: Klosterneuburg.

Wegen des Personalmangels mußten im Verwaltungsjahr 1941 die Brückenwaage in 17., Röttergasse, 23., Schwechat und 23., Gramatneusiedl auf Kriegsdauer gesperrt werden. Die in Verwaltung des Marktamtes stehende Brückenwaage in Wien 24., Hinterbrühl, wurde einem privaten Käufer überlassen.

d.) Lebensmittelpolizei.

Infolge der zahlreichen Einberufungen von Marktamtsbeamten konnte die Lebensmittelpolizei ihre Tätigkeit nur in eingeschränktem Umfange ausüben. In den ländlichen Randbezirken wirkten sich die Verkehrsschwierigkeiten (Einstellung öffentlicher Verkehrsmittel und Benzinmangel) sehr hemmend aus. Der Milchverkehr beanspruchte den größten Arbeitsaufwand. Die marktämtlichen Kontrollorgane hatten nicht nur Verfälschungen zu verhindern, sondern auch die hygienische Gewinnung und Verarbeitung der Milch zu überwachen.

Mit der Zunahme der kriegsbedingten Mangelercheinungen nahm die Erzeugung von Ersatzmitteln immer größeren Umfang an. Diese Erzeugnisse hielten nicht immer das was ihre Anpreisung versprach. Die verstärkte Überwachung führte häufig zu Beanstandungen, hauptsächlich wegen irreführender Kennzeichnung. Mit dem Fettmangel ging einher, daß das zur Zubereitung von Speisen verbotene Paraffinöl in Gaststätten häufiger verwendet wurde, Da es hierbei sogar zu Gesundheitsstörungen kam, mußte dieser unzulässigen Fettstreckung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die angespannte Lage auf dem Fleischmarkte, vor allem der Schweinefleischmangel, veranlaßte einige Wurstherzeuger Würste mit unzulässigem oder übermäßigem Mehlezusatz herzustellen und minderwertige Fleischteile zu verwenden. Dieser wirtschaftlichen Benachteiligung der Verbraucher wurde durch planmäßige kommissionelle Überprüfungen, an der auch die Preisüberwachungsstelle mitwirkte, mit Erfolg begegnet.

Erhöhtes Augenmerk wurde bei den Betriebsbesichtigungen auf die Beachtung der hygienischen Mindestforderungen, vor allem bei der Herstellung, Zubereitung und dem Feilhalten von Lebensmitteln gerichtet. Massenerkrankungen von Personen in Gemeinschaftsverpflegung waren Anlaß zu gründlichen Kontrollen der Großküchen. Diese Besichtigungen an denen auch chemische, ärztliche und tierärztliche Sachverständige teilnahmen, stellten mancherlei Unzukömmlichkeiten fest.

Die Wein- und Spirituosenverknappung hatte auch zahlreiche Beschwerden über Wein- und Spirituosenfälschungen zur Folge. Es kam sogar zu Todesfällen infolge Genußes von Branntwein, der unter Verwendung von Methylalkohol hergestellt worden war.

Die zunehmende Konservierung von Lebensmitteln in Industrie und Haushalt erforderte zusätzliche Kontrollen und Beratungen.

Sehr oft wurde das Marktamt von privaten Sammlern und gewerblichen Händlern als Pilzberatungsstelle beansprucht.

Das Inkrafttreten der Polizeiverordnung über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens eröffnete ein neues Bestätigungsgebiet.

e) P r e i s ü b e r w a c h u n g .

Die ständigen Preisüberprüfungen übten einen sichtbaren Einfluß auf das Gebaren der Händler aus. Namentlich in Zweifelsfällen der Preisfestsetzung war die beratende Tätigkeit des Marktammtes gleichermaßen für den Handel wie für den Verbraucher von Vorteil. Um nicht beanstandet zu werden, suchten die Händler in immer stärkerem Maße bei Zweifelsfällen Rat bei den Marktämtern.

Die Höchstpreiserstellung und ihre Verlautbarung durch das Marktamt bewährte sich und trug zur Besserung der Verhältnisse bei. Bei jenen Waren, für die Höchstpreise nicht festgelegt wur-

den(Auslandware), gaben die vom Marktamt errechneten an allen Kontrollstellen telefonisch bekanntgegebenen Richtpreise eine geeignete Unterlage für die Arbeit der Preisüberwachung. Die ständigen in Zusammenarbeit mit der Preisüberwachungsstelle durchgeführten Überprüfungen der Wurstwaren, die von einem fachmännischen Ausschuß im Marktamt vorgenommen wurden, hatten sich bewährt und gaben auswärtigen Stellen Anlaß, diese Einrichtung zu studieren, um sie im eigenen Bereiche gleichfalls einzuführen.

Auch die Preise von Konditorwaren wurden besonders geprüft, weil bei diesen Erzeugnissen versteckte Preiserhöhungen (durch Qualitätsherabsetzungen und Mengenverminderungen) bei der gewöhnlichen Kontrolle schwer nachzuweisen waren. Auf diesem Gebiete wurde mit sichtbarem Erfolg gearbeitet.

Das Marktamt wandte besonderes Augenmerk der Überprüfung der Preise von Ersatzmitteln und von kosmetischen Artikeln zu, da bei diesen Waren, für den Käufer meist schwer erkennbar, manches Preisvergehen begangen werden konnte.

- e) Sonderaufgaben und besondere Schwierigkeiten, die sich aus den Kriegsverhältnissen ergaben.

Die im Jahre 1944 in immer kürzeren Intervallen, oft tagelang hintereinander folgenden Bombenangriffen auf das Stadtgebiet, beeinträchtigten die Versorgung der Stadt in einem fast untragbarem Maße, so daß nur unter Aufbietung aller Kräfte die notwendigsten Lebensmittel sichergestellt und verteilt werden konnten.

Gegen Ende des Krieges war der Zusammenbruch der Wirtschaft nicht mehr aufzuhalten. Nichtsdestoweniger blieb das Marktamt trotz aller Schwierigkeiten und trotz des Herannahens der Front in voller Funktion. Der Parteienverkehr nahm in dieser Zeit ungeheuer zu. Es mußten zahlreiche Auskünfte über den Bezug von Lebensmitteln gegeben und in vielen Fällen Unzukömmlichkeiten abgestellt werden. Die Zerstörung von Geschäften erforderte die Ausstellung zahlreicher Fliegerbezugscheine, Gutachten und Bestätigungen.

Nach jedem Luftangriff mußten die Schäden im Allgemeinen und die zerstörten Lebensmittelbetriebe im besonderen festge-

stellt und am gleichen Tage der Marktamtsdirektion berichtet werden, die ihrerseits die Meldungen gesammelt der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft weitergab. In den zerstörten Lebensmittelbetrieben mußten die Lebensmittelvorräte besichtigt, nach ihrer Verwendungsmöglichkeit begutachtet und über sie verfügt werden. Gänzlich zerstörte Betriebe waren in ein Ausweichlokal unterzubringen oder es mußte die Verbraucherschaft umrayoniert werden. Die Lebensmittel wurden oft unter Schutt und Trümmern geborgen. All diese Arbeiten konnten nur unter den größten Schwierigkeiten durchgeführt werden, da nach jedem größeren Angriff die Telefonleitungen zerstört waren und der Straßenbahnverkehr meist eingestellt war.

Von einem regulären Geschäftsverkehr konnte in dieser Zeit überhaupt keine Rede sein. Schon in den frühen Morgenstunden wanderten die Menschen in ganzen Scharen aus den äußeren Bezirken in die Stadtmitte, die Rollbalken der Geschäfte gingen schon um 9 Uhr morgens herunter, die Verkaufszeiten änderten sich dadurch unfreiwillig und der Verkauf wurde nach den Angriffen meist erst in den Nachmittags- und Abendstunden fortgesetzt, falls die Geschäfte überhaupt wieder geöffnet wurden.

Die Beamten und Angestellten des Marktamtes hielten Luftschutzbereitschaftsdienst. Innerhalb der Luftschutzgemeinschaft der Märkte mußte ständig dafür gesorgt werden, daß ausreichend Löschsand, gefüllte Wasserbehälter, Luftschutzgeräte, Gasmasken und Sanitätseinrichtungen vorhanden waren. Auf den Märkten und in den Markthallen hielten die Markthändler Luftschutznachtdienst. Das Marktamt hatte die Leute zum Dienst heranzuziehen und die Dienstleistung zu überwachen.

Bei den Luftangriffen wurden folgende Märkte und Markthallen getroffen:

1. Bezirk:

Blumengroßmarkt; Zentralfischmarkt; Markt Auf der Freyung.

2. Bezirk:

Volkertmarkt; Vorgartenmarkt; Markt im Werd;

3. Bezirk:

Augustinermarkt; Radetzkymarkt; Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien.

4. Bezirk:

Naschmarkt; Markthalle Phorusplatz.

5. Bezirk:

Hundsturmmarkt.

7. Bezirk:

Markthalle, 7., Burggasse 78/80.

9. Bezirk:

Markthalle, 9., Nußdorferstraße 22.

10. Bezirk:

Favoritner Markt.

11. Bezirk:

Simmeringer Markt.

12. Bezirk:

Meidlinger Markt.

13. Bezirk:

Speisinger Markt.

15. Bezirk:

Meiselmarkt; Schwendermarkt.

16. Bezirk:

Yppenmarkt; Brunnenmarkt; Joh. Nep. Bergermarkt.

17. Bezirk:

Dornermarkt.

20. Bezirk:

Hannovermarkt; Mortaramarkt; Markt an der Brigittabrücke.

21. Bezirk:

Floridsdorfer Markt.

23. Bezirk:

Schwechater Markt.

Nach der Zeit der Angriffe wurde betroffen:

16. 6. 1944 : Der Floridsdorfer Markt wurde stark beschädigt.

26. 6. 1944 : Der Floridsdorfer Markt wurde vernichtet.

8. 7. 1944 : Der Floridsdorfer Markt wurde neuerlich getroffen.

16. 7. 1944 : Der Hannovermarkt wurde überaus stark beschädigt, auch das Marktamtsgebäude erlitt Schaden. Auch der Mortaramarkt erlitt großen Schaden.

10. 9. 1944: Der Yppenmarkt erlitt Schaden.

Markt Freyung wurde total zerstört.

Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien erlitt größere Schäden, insbesondere Glasschäden.

- 11.10. 1944: Markthalle auf dem Phorusplatz erlitt Schaden.
17.10. 1944: Der Schwendermarkt brannte zum Teil nieder.
Der Hundsturmmarkt erlitt schweren Schaden.
3.11. 1944: Ein Stand am Vorgartenmarkt wurde zerstört.
Der Meidlinger Markt erlitt schweren Schaden.
17.11. 1944: Der Volkertmarkt brannte nieder.
2.12. 1944: Der Floridsdorfer Markt wurde neuerlich getroffen.
11.12. 1944: Der Favoritner Markt wurde beschädigt.
Der Simmeringer Markt wurde getroffen.
21. 1. 1945: Der Schwechater Markt wurde getroffen.
7. 2. 1945: Zahlreiche Marktstände des Naschmarktes wurden be-
schädigt.
13. 2. 1945: Der Meidlinger Markt wurde neuerlich schwer ge-
troffen, auch das Aufsichtsgebäude erlitt Schaden.
14. 2. 1945: Schäden an den Markthütten des Favoritner Marktes.
21. 2. 1945: Der Schwendermarkt wurde beschädigt.
12. 3. 1945: Der Markt im Werd wurde getroffen.
12. 3. 1945: Der Naschmarkt wurde neuerlich getroffen.
15. 3. 1945: Dem Volkertmarkt und Vorgartenmarkt wurden Schäden
zugefügt.
22. 3. 1945: Favoritner Markt in Flammen.

2.) Veterinärwesen.

Mit dem Organisationsplan vom 25. September 1941 wurde die Ab-
teilung II/5 wieder Veterinäramt und der Hauptabteilung J- Öffent-
liche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung angegliedert. Dem Ve-
terinäramtsdirektor waren in der Veterinäramts-Direktion, die ihm
innerhalb der Abteilung J 4 unterstand, folgende unmittelbare Re-
ferenten zugeteilt: ein Sonderreferent für Planung und Bau neuer
Schlachthöfe, Ausbau und Umbau, Luftschutz;
ein Veterinärreferent für die Betriebe, ein Veterinärreferent für
die Bezirke; ein Referent des gesamten tierärztlichen Personals,
für die Sicherstellung der tierärztlichen Versorgung Wiens, für
Veterinärstatistik, Veterinärdesinfektionswesen und - Hygiene ,
Evidenz der Hufbeschlaglehrmeister und Hufbeschlagschmiede;

ein Referent für tierärztliche Lebensmittelpolizei, Kühlhäuser und Kühlanlagen;
 ein Referent für Tierzucht, Tierschutz, Tierhaltung, gemeinde-eigene Tiere und deren tierärztliche Behandlung;
 ein Referent für allgemeine Personalangelegenheiten und Verwaltungsangelegenheiten der Schlachthöfe, Vieh- und Fleischgroßmärkte.

a) Bezirksveterinärdienste.

Dem Veterinäramt, das sich aus den Abt. J 4 - J 10 zusammensetzte, waren in der Abteilung J 4 - Allgemeine Veterinärverwaltung - sämtliche Veterinärdienste der Bezirkshauptmannschaften unterstellt.

Diese Veterinärdienste wurden mit Anordnung vom 16. September 1941, wie folgt, zusammengelegt:

Veterinärdienst für die Bezirkshauptmannschaften der Bezirke 1, 4 - 9 und 12, Dienstsitz Schönbrunnerstraße 54;

Veterinärdienst für die Bezirkshauptmannschaften der Bezirke 3, 10, 11 und 23, Dienstsitz 11., Enkplatz 2, Zweigstelle 23.

Schwechat, Bezirkshauptmannschaft, Hauptplatz 24;

Veterinärdienst für die Bezirkshauptmannschaften der Bezirke 13 - 16, Dienstsitz 14., Penzingerstraße 59;

Veterinärdienst für die Bezirkshauptmannschaften der Bezirke 2, 20 - 22 mit dem Dienstsitz 21. Am Spitz, 1. Zweigstelle 2., Kleine Sperlgasse 10;

Veterinärdienst für die Bezirkshauptmannschaften der Bezirke 17 - 19 und 26 mit dem Dienstsitz 19., Gatterburgg. 14;

Veterinärdienst für die Bezirkshauptmannschaften der Bezirke 24 und 25 mit dem Dienstsitz 24., Mödling, Enzersdorferstr. 17

Mit der Zusammenlegung war nicht nur eine größere Beweglichkeit dieser Veterinärdienste gegeben, sondern auch die Vollbeschäftigung der einzelnen Kräfte gesichert; die Aufgaben konnten dadurch leichter bewältigt und überflüssiger Kostenaufwand vermieden werden. Es muß betont werden, daß alle Amtstierärzte dieser 6 Veterinärdienste für sämtliche tierärztliche Aufgaben (Schlacht-tier- und Fleischbeschau, Veterinärpolizei und Lebensmittelpoli-

zei) nach Bedarf herangezogen und außerdem in den Veterinärbetrieben verwendet werden konnten. Diese den Notwendigkeiten des Krieges angepaßte Organisation des tierärztlichen Dienstes hat sich gut bewährt. Die so organisierten Veterinärdienste übten die Veterinärpolizei, Lebensmittelpolizei und Schlacht-tier- und Fleischbeschau in sämtlichen Privat- Schlachthäusern aus, desgleichen sorgten sie in Schlachtstätten, in Kühlhäusern, Molkereien, bei Milchmeiern und auf Lebensmittelmärkten, in Lebensmittelbetrieben und Geschäften mit Lebensmitteln tierischen Ursprunges u.s.w., also den gesamten amtstierärztlichen Bezirksdienst.

b) Veterinärbetriebe.

aa) Großmarkthalle für Fleischwaren und Auslandfleischbeschau-
stelle Wien.

Das außerhalb Wiens geschlachtete und nach Wien gebrachte Fleisch wurde - abgesehen von den wenigen nicht marktgebundenen Ortsteilen in Wien - von der Großmarkthalle aus verkauft und verteilt.

Die Anlieferung an eine zentrale Stelle hatte für die Wiener Bevölkerung den Vorteil, daß alles von auswärts eingebrachte Fleisch, ehe es in den Verkehr kam, von Tierärzten nachuntersucht wurde. Abgesehen von der Bedeutung für die Lebensmittelhygiene, bot diese Überprüfung aller Waren auch die Möglichkeit, Mängel in der Durchführung der Fleischbeschau rechtzeitig und sicher aufzudecken. War es doch vor allem Aufgabe der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung zu prüfen, ob das in den Verkehr gebrachte Fleisch auch gemäß den Vorschriften des Fleischbeschaugesetzes untersucht worden war. Damit war auch die Gewähr gegeben, daß im ganzen Gebiete Wiens nur vorschriftsmäßig untersuchtes Fleisch in den Handel kam.

Als Beanstandungsgründe für untaugliche Waren sind anzuführen: Befall mit Fleischgiften und Milzbrand, hochgradige Durchsetzung mit Bakterien, Fäulnis, vollständige Abmagerung und hochgradige Wässerigkeit des Fleisches, hochgradige Geruchs- und Geschmacksabweichung, Befall mit Parasiten. Zur Minderwertigkeitserklärung gab Anlaß: Abmagerung, mäßige

Wässerigkeit, Geruchs- und Geschmacksabweichung, Befall mit Parasiten, Befall mit Fleischgiften und Milzbrand.

Wässerigkeit des Fleisches, mäßige Geruchs- und Geschmacksabweichungen, leichte oder mäßige Gelbsucht, mindere Ausblutung.

Bei der Nachuntersuchung des von außerhalb Wiens eingeführten Fleisches wurde festgestellt, daß in einigen Gemeinden die Trichinenbeschau noch nicht eingeführt war. In diesen Fällen wurde die Untersuchung auf Trichinen nachgeholt. Zahlreiche Anzeigen wurden erstattet.

Ein Teil der Großmarkthalle war für den Kleinmarkt bestimmt. Die Tierärzte der Großmarkthalle waren auch für die Überwachung des Kleinmarktes zuständig.

Die Auslandsfleischbeschau wurde auf Grund eines Vertrages vom 3. Dezember 1938 von der Gemeinde Wien durchgeführt. Sie wurde in der Großmarkthalle von 7 städt. Tierärzten besorgt. Zur Trichinenbeschau wurden fallweise Trichinenbeschauer vom Schweineschlachthaus herangezogen. Als Entschädigung erhielt die Gemeindeverwaltung 50 % der tierärztlichen Untersuchungsgebühren und 70 % der Trichinenbeschaugebühren.

Die chemischen Untersuchungen für die Auslandsfleischbeschau führte die Staatliche Anstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien durch.

Die Durchführung der Auslandsfleischbeschau wurde regelmäßig vom Sachbearbeiter des Reichsstatthalters in Wien überprüft.

bb) Grenzschlachthof.

Der Grenzschlachthof war mit Geleiseanschluß versehen. Er besaß Stallungen für rund 300 Stück Großvieh und 2.200 Stück Kleinvieh, eine unterteilte Schlachthalle für Rinder und eine Schlachthalle für Schweine, 3 Darmwäschereien, 1 Düngerhaus, Übernahmestellen für Nebenprodukte, Futtermagazin, 1 Laboratorium, Vorkühlraum, Kühlräume, sowie einen Trichinenbeschauraum mit Trichinoskopen. Außerdem befand sich in der Anlage ein in sich vollständig abgeschlossener Seuchenhof, in dem seuchenkranke und -verdächtige Tiere geschlachtet wurden. Im Grenzschlachthof wurden nur ausländische Tiere geschlachtet. Die Schlachtungen wurden vom Sachbearbeiter beim Reichsstatthalter und den dem Veterinärreferate zugeteilten Tierärzten überwacht.

cc) Rinderschlachthof St. Marx.

Der Rinderschlachthof St. Marx stand in Verbindung mit dem Zentralviehmarkt St. Marx. Im Schlachthof befanden sich Stallungen für rund 2000 Stück Großvieh und 200 Stück Kleinvieh, weitere 5 Schlachthallen und 49 außer Betrieb stehende Schlachtkammern für Großvieh, eine Schlachtstelle für Stechvieh, eine Schlachtabteilung für seuchenkranke und - verdächtige Tiere, ein großer Vorkühlraum, sowie Kühl- und Pökelräume. Außerdem waren im Schlachthof die veterinärämtliche Untersuchungsstelle, 2 Blutplasma - Gewinnungsanlagen und 1 Albumingewinnungsanlage. Ebenso befanden sich auf dem Gelände des Schlachthofes 1 Kuttellei zum Reinigen der Pansen, eine Darmwäscherei, Übernahmestellen für Häute, Rohfette und Knochen für Leimgewinnung. Auch sonstige Nebenanlagen sowie z.B. 2 Düngerhäuser, Futterböden, Garderoberräume, Badeanlagen, Luftschutzkeller u.s.w. waren vorhanden.

Obwohl der Schlachthof nur zur Schlachtung inländischer Rinder und inländischen Stechviehs bestimmt war, mußten wiederholt ausländische Rinder im Rinderschlachthof geschlachtet werden, da der Grenzschlachthof nicht ausreichte um die Schlachtungen innerhalb der vorgeschriebenen Zeit durchzuführen. Die Schlachtungen der ausländischen Rinder wurden stets getrennt von denen der inländischen Rinder und so vorgenommen, daß eine Berührung der ausländischen Rinder mit den inländischen vermieden wurde. Nach jeder Schlachtung ausländischer Rinder wurden die Schlachträume, Geräte u.s.w. gereinigt und entseucht.

Obwohl durch Rinder aus dem Warthegau Maul- und Klauenseuche in den Schlachthof eingeschleppt wurde, erfolgte keine Seuchenverschleppung dank der sofort eingeleiteten und streng überwachten Maßnahmen.

dd) Veterinärämtliche Untersuchungsstelle.

Die Durchführung der bakteriologischen Fleischuntersuchung wurde für Wien mit Erlaß des Reichsministers des Innern vom 16. Mai 1941 in der Weise geregelt, daß für den 24. und 25. Gemeindebezirk die Reichsanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Wien - Mödling, für die Schlachthöfe und die übrigen Gemeindebezirke die veterinärämtliche Untersuchungsstelle in Wien - St. Marx zu-

ständig war. In der Untersuchungsstelle St. Marx wurden auch die bakteriologischen Untersuchungen ausgeführt, die sich bei den Nachuntersuchungen in der Großmarkthalle als Ergänzung der Beschau sowie auf der Freibank zur Feststellung der Unschädlichkeit von auswärts angeliefertem Fleisch als notwendig erwiesen.

ee) Schweineschlachthof St. Marx, mit Freibank und Sterilisierungsanstalt.

Der Schweineschlachthof St. Marx hatte Anschluß an das Bahnnetz und besaß Stallungen für rund 1.600 Schweine. Er verfügte über eine allen Anforderungen entsprechende Großschlachthalle mit elektrischen Betäubungsapparaten, über eine Darmwäscherei sowie über Kühlräume und einen Düngerhof. Im Schweineschlachthof befand sich außerdem ein Trichinenbeschauraum mit Trichinoskopen zur Durchführung der Trichinenbeschau sowie die Räumlichkeiten der Wiener Sterilisierungsgesellschaft (Freibank) samt einer Verkaufsstelle.

Das bedingt tauglich^{und} minderwertig erklärte Fleisch wurde durch die Wiener Sterilisierungsgesellschaft verwertet, die diese Tätigkeit für die Gemeindeverwaltung ausübte. Die Anlagen zur Ausarbeitung des Fleisches sowie zur Brauchbarmachung bedingt tauglichen Fleisches entsprachen in jeder Hinsicht den an sie gestellten Forderungen. Der freibankmäßige Verkauf der Waren erfolgte in einem angrenzenden Verkaufsraum, 2 weitere Verkaufsplätze befanden sich im 10. und 12. Bezirk.

Die Freibank stand unter der Aufsicht eines städtischen Tierarztes. Die monatlichen Überprüfungen des Schweineschlachthauses durch den Sachbearbeiter des Reichsstatthalters erstreckten sich auch auf die Einrichtungen der Freibank.

Der Wiener Freibank wurden auch die von der niederösterreichischen Veterinärverwaltung beanstandeten Fleischmengen übergeben.

ff) Zentralviehmarkt St. Marx mit Futtermitteldienst St. Marx.

Der Schlachtviehmarkt St. Marx besaß Geleiseanschluß sowohl für den Rinder- als auch für den Schweinemarkt mit je 2 Ausladerampen. Außerdem war je 1 Ausladerampe für Rinder und Schweine, die mittels Fuhrwerk anlangten, vorhanden.

Der Markt besaß Verkaufshallen für 6000 Stück Rinder, 16.000 Stück Schweine, Kälber und Schafe, 19 Rinderstallgebäude, 15 Schweinestallgruppen, je 1 Sezieranstalt für Rinder und Schweine und eine Wagendesinfektionsanlage. Zur einwandfreien Abwaage bei der

Vermarktung standen in der Rinderverkaufshalle 8 und in der Schweineverkaufshalle 14 elektroautomatische Waagen modernster Bauart zur Verfügung.

Für die Abwicklung der Rinder- und Schweinebörse diente ein eigenes Gebäude mit den nötigen Verwaltungsräumen. Am Zentralviehmarkt in Wien- St. Marx wurden lediglich zur Schlachtung bestimmte Tiere vermarktet. Der Mangel an Arbeitspersonal und die nahezu täglich stattfindenden Viehmärkte erschwerten die Reinigungs- und Entseuchungsarbeiten am Markte. Ungünstig wirkte sich die Vermietung mehrerer Objekte an die Heeresverwaltung aus. Der dadurch bedingte größere Personenverkehr erhöhte die Gefahr von Seucheneinschleppungen. Eine Marktsperre insbesondere im Falle bei Maul- und Klauenseuche, hatte unter diesen Umständen wenig Aussicht auf Erfolg. Die Untersuchung der auf den Markt gebrachten Tiere und die veterinärpolizeiliche Überwachung des Marktes wurde durch städtische Amtstierärzte durchgeführt.

Dem Zentralviehmarkt St. Marx war der Futtermitteldienst angegliedert; er hatte die Aufgabe, für die angelieferten Schlacht-tiere Futter- und Streumittel bereitzustellen. Im Kriege war Knappheit an Futter- und Streumitteln. Die Schwierigkeiten entstanden hauptsächlich infolge des großen Bedarfes der Wehrmacht an Futtermitteln. Die Leitung des Zentralviehmarktes sah sich daher genötigt, die normalen Futterrationen um die Hälfte zu kürzen. Es wurde getrachtet, die Viehmärkte so abzuhalten oder die Viehtransporte so ankommen^{zu} lassen, daß die Tiere unmittelbar nach Einlangen sofort geschlachtet werden konnten. Dadurch erübrigte sich meistens die Ausgabe von Futtermitteln.

gg) Schlachthof Meidling für Pferdeschlachtungen.

Dieser Schlachthof stand in früheren Jahren zur Schlachtung von Rindern zur Verfügung, wurde dann stillgelegt und erst im Jahre 1940, und zwar ausschließlich als Schlachtstätte für in- und ausländische Pferde verwendet, die bis dahin zum Großteil in der Wiener Kontumazanlage geschlachtet worden waren. Die Anlagen konnten nur zu einem Teil benützt werden, da der andere Teil von der Wehrmacht beschlagnahmt worden war.

Die Schwierigkeiten, die infolge des Fehlens eines Kühlhauses bestanden hatten, wurden im März 1941 durch die Fertigstellung einer entsprechenden Kühlanlage behoben. Düngerhaus, Sezieraum, Übernahmestelle für Nebenprodukte, Futterböden, ein Laboratorium

sowie ein in sich abgeschlossener Polizeischlachthof waren vorhanden. In den Stallungen konnten rund 1000 Pferde untergebracht werden. Außerdem befand sich im Schlachthof eine Verkaufsstelle der Freibank.

hh) Pferdemarkt, Nutzferkelmarkt.

Die Pferde wurden aus Ungarn, Rumänien, Kroatien und der Slowakei eingeführt. Die Schlachtpferde ausländischer Herkunft wurden zum größeren Teil auf dem städt. Pferdemarkt vermarktet und sodann in das Schlachthaus Wien, 12., Meidling überstellt. Auch die im Inland aufgebrauchten Schlachtpferde wurden im Schlachthaus Meidling geschlachtet.

In der Ortschaft Groß-Enzersdorf in Wien²², wurde wöchentlich ein Nutz-Ferkelmarkt abgehalten. Die nur behelfsmäßige Einrichtung des Marktes konnte infolge anderer dringender Arbeiten nicht verbessert werden.

c) V i e h v e r k e h r .

Im Kriege ging der Viehverkehr ständig zurück. Lediglich der Verkehr mit Einstellferkeln nahm zeitweise zu. Die Einfuhr von Nutzkühen erfolgte aus den alpenländischen Zuchtgebieten und aus Norddeutschland. Auch Schweine wurden hauptsächlich aus Deutschland eingeführt. Aus Bayern kamen Schlachtpferde. In geringer Zahl wurden ausgemusterte Beutepferde aus Wehrmachtsbeständen an Landwirte verteilt.

Die Beförderung von Vieh auf weitere Entfernung erfolgte mit der Eisenbahn, auf kürzeren Wegstrecken mit Kraftwagen, auch mit Pferdefuhrwerk oder vereinzelt im Fußtrieb. Der Bahnhof Hetzendorf wurde vorwiegend als Entladebahnhof für ausländisches Schlachtgeflügel, der Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof für ausländische Schlachtpferde benützt. Von den 63 Viehverladestellen besaßen nur die Stellen mit größerem Viehverkehr undurchlässigen Fußboden.

In Wien bestanden insgesamt 44 Viehhandelsstätten, davon waren 31 Stallungen für den Pferdehandel, 9 Stallungen für den Rinderhandel und 4 Stallungen für den Schweinehandel eingerichtet. Infolge des Kraftwagenverkehrs verloren die Gaststallungen an Bedeutung. Nur ganz vereinzelt wurden noch Tiere zur Übernachtung in solchen Stallungen untergebracht.

In Wien war eine Entseuchungsanlage für Eisenbahnwagen in Süßenbrunn eingerichtet. Es wurden über 1000 Wagen pro Woche gereinigt.

d) S a m m e l m o l k e r e i e n .

In Wien wurde in 10 Molkereien die aus der Umgebung und aus den Molkereien Wiens angelieferte Milch molkereimäßig behandelt. Die Anlagen arbeiteten mit zusammen 16 Erhitzungseinrichtungen, von denen 3 nach englischem System gebaut waren.

Während der Anlieferung der Milch seuchenkranker Tiere zur vorschriftsmäßigen Erhitzung wurde die Konzentration der zur Desinfektion verwendeten Natronlauge wiederholt von Amtstierärzten nachgeprüft. Eine Seuchenverschleppung durch zu wenig erhitzte Milch oder ungereinigte Milchkannen wurde nicht beobachtet.

e) T i e r k ö r p e r b e s e i t i g u n g .

Tierleichen und Fleischkonfiskate wurden in der Tierkörperverwertung und thermochemischen Fabrik in Wien, 11., Simmeringerlande, zu technischem Fett und Tiermehl verarbeitet. In dieser Anstalt waren 3 Hartmann-Apparate aufgestellt. Die in den neueingemeindeten Gebieten von früherher vorhandenen Wasenmeistereien in den Ortschaften Wien 22. Raasdorf und Andlersdorf, in Wien 23., Fischamend und Zwölfaxing, in Wien 24. Brunn am Gebirge, mußten auch nach der Eingemeindung dieser Orte im Betrieb belassen werden. Die Beseitigung der Kadaver und Konfiskate fand in der bisher üblichen Art durch Verscharrungen statt. Da der vorhandene Wagenpark zu klein war und es auch an Personal mangelte, konnten die eingesammelten Kadaver der Thermochemischen Fabrik vorderhand nicht zugeführt werden. Der Neubau einer Tierkörperverwertungsanlage war in Aussicht genommen, doch konnten die Arbeiten zum Bau dieser Anlage nicht aufgenommen werden, da die Platzfrage nicht gelöst war. In einigen Wasenmeistereibetrieben wurde durch Auskochen von Kadaverteilen technisches Fett gewonnen.

f) F u t t e r f l e i s c h .

Durch die Zwangsbewirtschaftung war der freie Verkauf von Fleisch für Zirkusse, Fisch- und Pelztierzüchter und Hundebesitzer unmöglich geworden.

Um die Nahrungsbeschaffung für Raubtiere der Zirkusse, zoologischen Gärten und Raubtierschauen zu ermöglichen, wurde durch einen Runderlass des Reichsministers des Inneren vom 3.10.1939 der Bezug von rohem und gefärbtem, für den menschlichen Genuß untauglichem Fleisch mit Umgehung der Tierkörperverwertungsanstalt direkt aus den Schlachthöfen bewilligt. Rohes und gefärbtes Futterfleisch wurde auch an Fisch- und Pelztierzüchter abgegeben. Der Bezug war durch den Runderlaß des Reichsministers des Inneren vom 7. Jänner 1937 geregelt. Die Abgabe von gekochtem und gefärbtem Futterfleisch erfolgte durch die Tierkörperverwertungsanstalt. Beteiligt wurden Wehrmacht, Polizei, Tierärztliche Hochschule, Gemeinde Wien, Züchtervereinigungen und Tierschutzvereine.

g) T i e r s c h u t z .

Dem Tierschutz wurde besondere Aufmerksamkeit zugewendet. In einigen Fällen mußte wegen mangelhafter und schlechter Tierhaltung eingeschritten werden; gegen Schuldtragende wurde mit Strafen vorgegangen und die Übelstände in der Tierhaltung abgestellt. Konnten die Besitzer durch Ermahnung und Bestrafung zur pfleglichen Behandlung der Tiere nicht angehalten werden, wurden ihnen die Tiere weggenommen.

In den Schlachthäusern wurde die in früheren Jahren auf manuellem Wege durchgeführte Betäubungsart der Schlachttiere abgeschafft. Sie erfolgte nunmehr bei Schweinen durch Starkstromeinwirkung und bei Rindern durch Verwendung von Schußapparaten. Es war beabsichtigt, die elektrische Betäubung der Schlachtschweine in Zukunft noch durch Einrichtung der sogenannten Schweinefallen zu verbessern.

h) Huf - und Klauenbeschlag.

Seit einer Reihe von Jahren werden die Hufschmiede an der Lehrkanzel für Huf- und Klauenkunde sowie an der Poliklinik für Pferde der Tierärztlichen Hochschule in Wien ausgebildet. Die Absolventen dieser Ausbildungslehrgänge waren soweit fachkundig, daß sie auch im Falle einer Korrekturbedürftigkeit den Hufbeschlag durchzuführen verstanden. Die Hufschmiede der älteren Jahrgänge dagegen verfügten nicht immer über die erforderlichen

Kenntnisse, eine Korrektur der Hufe beim Beschlag sachgemäß vorzunehmen. Da alle jüngeren Hufschmiede bei der Wehrmacht verwendet wurden, ließ der Huf- und Klauenbeschlag insbesondere wegen der etwaigen Hufkorrekturen viel zu wünschen übrig.

i) Arzneimittel und Impfstoffe.

In Wien hielten 11 Tierärzte Hausapotheken. Die vorgeschriebene Überwachung ergab keinen wesentlichen Anstand.

In der Reichsanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling, wurde Schweinerotlaufserum hergestellt. Ein Teil dieses Serums wurde an das serotherapeutische Institut, Wien, 10., Triesterstr. 50 abgegeben und von dort in den Verkehr gebracht. Von dem übernommenen Schweinerotlaufserum wurden unter Aufsicht des staatlichen Kontrollbeamten Proben an das Institut für Tierseuchentherapie der Universität Berlin zur Nachprüfung übermittelt. Die Serumabfüllung wurde durch die staatlichen Kontrollbeamten überwacht.

Ein weiterer Teil des Rotlaufserums wurde von der Reichsanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Wien- Mödling in bereits abgefülltem Zustand an das Asid-Serum-Institut Ostmark in Wien, 12., Breitenfurterstraße 18, übergeben, das lediglich die Etikettierung der Serumflaschen besorgte.

j) Kurpfuscherei und Geheimmittelunwesen.

Das Kurpfuscherwesen spielte in Wien keine Rolle. Tierärztliche Hilfe war stets zur Hand und im dringendsten Notfall half die Tierärztliche Hochschule aus. Ebenso wurde der Vertrieb oder die Verwendung von Geheimmitteln nicht beobachtet.

k) Schlachtstätten.

In Wien befanden sich 4 öffentliche Schlachthöfe, und zwar der Rinderschlachthof, der Schweineschlachthof, sowie der Grenzschlachthof in St. Marx und der Pferdeschlachthof in Meidling. Jeder Schlachthof wurde von einem städt. Tierarzt geleitet. Dieser führte auch die veterinärpolizeilichen Aufgaben im Einvernehmen mit dem zuständigen Veterinärdienst der Bezirkshauptmannschaften durch. Die Überwachung der öffentlichen Schlachthöfe erfolgte allmonatlich durch den Sachbearbeiter des Reichsstatthalters in Wien.

Nennenswerte Mängel wurden bei diesen monatlichen Überprüfungen nicht festgestellt. Vereinzelte Unzukömmlichkeiten wurden sofort behoben. Privatschlachthäuser bestanden in Wien nicht.

Die im Gebiete von Alt-Wien von früher her vorhandenen gewerblichen Schlachtstätten wurden mit der Einführung der zentralen Fleischbewirtschaftung bis auf wenige stillgelegt. In den neu eingemeindeten Teilen Wiens waren für die nicht marktgebundenen Gebiete 8 Schlachtstätten weiterhin in Betrieb. Außerdem bestanden 11 Schlachtstätten für Pferde. Die Überwachung erfolgte durch die Veterinärdienste der zuständigen Bezirkshauptmannschaften, die auch die veterinärpolizeilichen Aufgaben durchführten. Seuchenverschleppungen fanden nicht statt.

1) Fleischbeschau und Trichinenbeschau.

Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau wurde sowohl in den öffentlichen Schlachthöfen als auch außerhalb dieser Betriebe von Organen der Gemeinde Wien durchgeführt. Mit 1. Jänner 1941 trat die neue reichseinheitliche Vorschrift über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau in Kraft. Die Umstellung auf die neuen Vorschriften konnte verhältnismäßig rasch und gut durchgeführt werden.

Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau außerhalb der öffentlichen Schlachthäuser wurde von 6 Beschauämtern besorgt. Der Dienstbereich der Beschauämter wurde dem des Veterinärdienstes angeglichen. Diese Einteilung ermöglichte, daß die den Beschauämtern und Veterinärdiensten zugeteilten Tierärzte fallweise sowohl für die Veterinärpolizei und Lebensmittelüberwachung als auch für die Fleischbeschau verwendet werden konnten.

Ab 1.3. 1941 wurde die Schlachtvieh- und Fleischbeschau auch bei allen Hausschlachtungen durchgeführt. Die großen Entfernungen, die häufig bei der Beschau von Hausschlachtungen zurückzulegen waren, der Mangel an geeigneten Fahrgelegenheiten, insbesondere die Zuteilung völlig unzureichender Treibstoffmengen, stellten für die Beschautierärzte eine große Belastung dar.

m) Marktregelung und Marktsteuer.

Die Marktregelung erfolgte in Wien durch den Marktbeauftragten des Viehwirtschaftsverbandes Donauland. Die Mitwirkung der Fleischbeschautierärzte bei der Schlachtsteuer beschränkte sich darauf, die Einzahlung der Schlachtsteuer vor der Durchführung der Beschau zu

überprüfen. Da die zur Nachbringung der Schlachtbewilligung und der Bestätigung über die erlegte Schlachtsteuer bei Notschlachtungen bemessene Frist sehr kurz war und diese Unterlagen daher vielfach oft verspätet vorgelegt wurden, wurden vielfach Anzeigen erstattet, die sich jedoch mit der vom Schlächter bereits getroffenen Regelung kreuzten und somit eine unnötige Mehrarbeit darstellten.

n) Schlachtviehversicherung.

Alles auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx aufgetriebene Schlachtvieh wurde vom Deutschen Bauerndienst versichert. Der Versicherungsschutz erstreckte sich nicht nur auf die in öffentlichen Schlachthäusern geschlachteten Tiere, sondern auch auf diejenigen, die in den Fleischfabriken geschlachteten wurden.

o) Tierärztliche Lebensmittelüberwachung.

aa) Geschäfte.

In Wien bestanden rund 1940 Fleischereien und 50 Großverteilungsstellen für Fleisch. Die Großverteilungsstellen wurden monatlich mindestens einmal, die übrigen Fleischereibetriebe in unregelmäßigen Zeitabständen von den Amtstierärzten kontrolliert. Wenn Verdacht bestand, daß verdorbene Rohstoffe zur Herstellung von Fleischwaren verwendet worden waren, wurden Proben entnommen, die in der Reichsanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling untersucht wurden.

Ließ auch die öffentliche Bewirtschaftung den Verkehr mit Fleisch leicht überblicken, so war die Fleischknappheit dennoch ein ständiger Anreiz, Fleisch, das bereits von Zersetzung ergriffen war, noch zur Herstellung von Lebensmitteln zu verwerten. Besonders in den Sommermonaten war diese Gefahr groß.

Unter den ~~geänderten~~ Verhältnissen der Kriegszeit stellten sich viele Geschäfte um; die, die früher nur mit der Verteilung und Aufarbeitung von Fleisch sich befaßt hatten, erzeugten nun auch Wurstwaren. Da es sich hier vielfach um Fleischhauer handelte, die in der Herstellung von Wurstwaren sehr wenig oder überhaupt keine Erfahrung besaßen, mußte auf diese Betriebe ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Die Organe des städt. Veterinäramtes gingen ihnen mit Rat an die Hand, um sie vor Fehlerzeugnissen zu schützen.

Die Versorgung Wiens mit Seefischen erfolgte ausschließlich durch den Großverteiler der Hochseefischerei "Nordsee". Während der kalten Jahreszeit war die Beschaffenheit der einlangenden Fischsendungen stets einwandfrei. In den Sommermonaten kamen die Sendungen infolge der zu lang dauernden Beförderung zu wiederholten Malen in schwer beschädigtem Zustand an. Größere Mengen von Seefischen mußten dann wegen Fäulnis beschlagnahmt werden.

Die Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Flußfischen lag vollständig in den Händen der Fischhandelsgesellschaft Czerny & Töglitz. Ein Anstand bei Großanlieferung ergab sich nicht.

Bei der Überwachung der Fischkleinhändler konnte, soweit es sich um frische Ware handelte, kein Grund zu Beanstandungen festgestellt werden. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, daß infolge der geringen Anlieferung die Ware innerhalb weniger Stunden verkauft war, sodaß Lagerschäden nicht eintreten konnten. Dagegen mußten Fischkonserven aus den Verkaufsgeschäften und den Lagerräumen wegen Bombage beschlagnahmt werden.

Die für die Bevölkerung Wiens bestimmten Eier wurden im Kühlagerhaus am Schüttel vorrätig gehalten. Die zur Einlagerung gelieferten inländischen Eier waren in allen Fällen von einwandfreier Beschaffenheit. Von den aus dem Ausland einlangenden Eiern mußte ein großer Teil rasch verwertet und konnte also nicht eingelagert werden. Bei Sendungen aus Bulgarien mußte überdies ein nennenswerter Anteil, der infolge allzulanger Dauer der Beförderung und schlechter Verpackung in verdorbenem Zustand eingelangt war, als genußuntauglich ausgeschieden werden.

Das fast ausschließlich aus dem Ausland gelieferte Geflügel war im allgemeinen von einwandfreier Beschaffenheit. Die Zufuhren an Wild waren sehr gering, sodaß Wild nicht auf Lager gelegt, sondern sofort, wenn es geliefert war, ausgegeben wurde.

bb.) Konservenfabriken, Fleischfabriken, Schmalzsiedereien und Talgschmelzen.

In Wien bestanden 6 Fleischfabriken, von denen 3 auch Dosenfleisch herstellten. Diese Fleischfabriken wurden monatlich mindestens einmal amtstierärztlich überprüft. Die Anlagen dieser Betriebe konnten als einwandfrei gelten. Trotz den kriegswirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden die Betriebseinrichtungen verbessert. Anlaß zu größeren Beanstandungen gab es nicht.

Die Fleischfabrik Wiener Fleischwerke war mit der Aufarbeitung und Eindosung des Fleisches von Schweinen aus lähmekranken Beständen, soweit dieses nach der Schlachtung in der Wiener Kontumazanlage für tauglich und zur Eindosung geeignet befunden wurde, beauftragt. Die für die Aufarbeitung vorgesehenen Räumlichkeiten wurden neu eingerichtet und entsprachen in allem den veterinärpolizeilichen Anordnungen. Die Einhaltung der veterinärpolizeilichen Vorschriften wurde ständig von Amtstierärzten überwacht und fallweise vom Sachbearbeiter des Reichsstatthalters überprüft. Dank der zweckmäßigen Einrichtung und der ständigen tierärztlichen Überwachung kam es zu keinen Seuchenverschleppungen.

Mit der Herstellung von Fischkonserven war eine Fabrik am Nordwestbahnhof beschäftigt. Sie wurde mindestens einmal im Monat vom Amtstierarzt überprüft.

Im Berichtsabschnitt waren 10 Schmalzsiedereien und 5 Talgsmelzen in Betrieb. Nennenswerte Anstände bei den Überprüfungen ergaben sich nicht. In einigen Talgsmelzen wurde im gleichen Betrieb nicht nur Speisetalg, sondern auch Talg für technische Zwecke gewonnen. Um zu verhindern, daß Rohtalg, der zur technischen Verarbeitung bestimmt war, auf Speisetalg verarbeitet werde, wurden entsprechende Anordnungen über die räumliche und zeitliche Abtrennung der beiden Arbeitsgebiete getroffen. An dieser Stelle sei der Betrieb der Firma "Wif" besonders erwähnt, die Speisetalg nicht durch Ausschmelzen des Rohfettes im Kessel gewann, sondern im sogenannten "Nachschmelzverfahren Patent Hinko". Der Rohtalg wurde nach 24 stündiger Wässerung in kaltem Wasser sodann in heißem Wasser geschmolzen, das Fettgut durchgewaschen und durch eine Zentrifuge geschickt. Auf diese Weise konnte Rohtalg, der sehr stark mit Mageninhalt (Panseninhalt) verunreinigt war, noch auf Speisetalg verarbeitet werden. Infolge der Behandlung mit heißem Wasser wurden nämlich Geschmacks- und Geruchsstoffe, die von den Verunreinigungen herrührten, herausgewaschen und die festen Schmutzteile durch die Zentrifuge abgeschieden. Der nach diesem Verfahren auch aus ziemlich stark verunreinigtem Rohfett gewonnene Speisetalg war von einwandfreier Beschaffenheit. Trotz dieses gerade in der Kriegszeit wichtigen Vorteils schien die Anwendung des Verfahrens im Hinblick auf das Fleischbeschaugesetz vom 29. Oktober 1940 und die Verordnung über unzulässige Zusätze und Behandlungsverfahren von Fleisch vom 31.10.1940 nicht ganz unbedenklich, wurde jedoch mit Rücksicht auf die Erfordernisse der Fettwirtschaft geduldet.

cc) Gemischtwarengeschäfte, Gastwirtschaften und Speisenbetriebe.

Eine regelmäßige tierärztliche Überwachung dieser Betriebe fand wegen Personalmangels nicht statt. Die Revisionen wurden von den Organen der Lebensmittelpolizei (Marktamtsbeamten) durchgeführt und der Tierarzt nur in Fällen eines Beanstandungsgrundes zugezogen.

dd) Märkte.

Bei der Überwachung der in den verschiedenen Bezirken Wiens gelegenen Kleinmärkte beteiligten sich Tierärzte nur fallweise, und zwar dann, wenn das Marktamt, das auf jedem dieser Märkte ständig eines oder mehrere Organe zugeteilt hielt, einen Anstand erhoben hatte und ein Sachverständigengutachten erforderlich war. Immerhin wurde aber jeder Markt vierteljährlich wenigstens einmal vom zuständigen Amtstierarzt besucht.

ee) Kühllhäuser.

Außer den Kühlanlagen in den einzelnen Schlachthöfen befanden sich in Wien 3 große Kühllhäuser, Das Kühlhaus "Am Schüttel", Wien, 2., Freilagergasse und das Kühlhaus Wien, 2., Engerthstraße waren Eigentum der Gemeinde, das 3. Kühlhaus in Wien, 2., Pasettistraße war im Besitze der Vereinigten Eisfabriken der Approvisionierungsgewerbe. Die 3 genannten Kühllhäuser wurden wöchentlich vom zuständigen Amtstierarzt überprüft. Diese ständige Überwachung verhinderte, daß durch Unachtsamkeit der Lagerhalter nennenswerte Mengen von Ware während der Einlagerung verderben hätten können. Die Überwachung beschränkte sich jedoch nicht nur darauf, die eingelagerten Waren zu besichtigen und ihre weitere Lagerfestigkeit zu überprüfen, sondern es wurde vor jeder größeren Einlagerung das Lagergut schon vorher auf seine Lagerfähigkeit untersucht und nicht lagerfähige Ware zum sofortigen Verbrauch bestimmt. Nennenswerte Anstände bei der Überwachung der Kühllhäuser ergaben sich daher nicht.

Im Laufe des Berichtsjahres 1941 wurde im Kühllagerhaus "Am Schüttel" eine Tiefgefrieranlage eingerichtet. In ihr wurde knochenloses Rindfleisch für die Verpflegung der Wehrmacht eingefroren. Späterhin diente die Anlage nur mehr der Konservierung von Obst und Gemüse.

ff) Milch.

In Wien waren rund 250 Milchmeiereien im Betrieb. Bis Ende des Jahres 1941 war es diesen Betrieben noch gestattet, ihren

Kunden, soweit sie für Vollmilch bezugsberechtigt waren, Milch in unerhitztem Zustande abzugeben. Die übrige Milch war an Molkereien abzuliefern. Mit Ende des Jahres 1941 wurde den Molkereien auch diese Vergünstigung entzogen, so daß in Wien alle in den Meiereien gewonnene Milch an Molkereien zur Erhitzung abgeliefert werden mußte. Für die Gewinnung von Vorzugsmilch waren ursprünglich 2 Anstalten im Betrieb. Beide wurden ständig von einem Amtstierarzt überwacht. Jedoch mußte einer dieser Betriebe amtlich geschlossen werden, da er weder über geeignete Milchtiere verfügte, noch der Besitzer in der Lage war, die notwendigsten hygienischen Voraussetzungen für die Führung eines Vorzugsmilchbetriebes aufrecht zu erhalten. Der zweite Betrieb, der in seiner Einrichtung und in seinem Tierbestand in jeder Hinsicht den Anforderungen entsprach, die an einen Vorzugsmilchbetrieb gestellt werden, konnte mangels geschulter Melker, sowie infolge völlig unzureichender Zuteilung von Seife und sonstigen Reinigungsmitteln den Keimgehalt der Milch nicht laufend innerhalb der vorgeschriebenen Grenzen halten. Um der Gefahr ständiger Beanstandungen aus dem Wege zu gehen, stellte der Betriebsinhaber daher die Gewinnung von Vorzugsmilch freiwillig ein.

Die Gewinnung von Markenmilch war in Wien nicht vorgesehen. Von der Reichsanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Wien-Mödling wurden zahlreiche Planproben angefordert. Die Proben wurden den Meiereien, die zur Abgabe verpflichtet waren, entnommen. Dort, wo keine oder nur wenige Meiereien bestanden, wurden die Planproben auch aus den, den Molkereien angelieferten Milchsendungen entnommen. Soweit Planproben, die von Meiereien Wiens eingesendet worden waren, Anlaß zu einer Beanstandung gegeben hatten, wurden von der Reichsanstalt für Tierseuchenbekämpfung später weitere Proben angefordert.

gg) Zusammenarbeit mit den übrigen Sachverständigen der Lebensmittelpolizei.

Die Zusammenarbeit mit den ärztlichen Sachverständigen bei der Aufklärung von Lebensmittelvergiftungen verlief reibungslos. Auch mit den chemischen Sachverständigen herrschte im allgemeinen gutes Einvernehmen. Unstimmigkeiten bestanden nur bei der bakteriologischen Untersuchung der Milch, doch wurde diese Frage durch persönliche Rücksprache mit dem tierärztlichen Sachbe-

arbeiter des Reichsstatthalters klarge stellt und die einzelnen Tätigkeitsbereiche entsprechend den Vorschriften für die einheitliche Durchführung des Lebensmittelgesetzes abgegrenzt.

p) Sonstiges.

In den Schlachthäusern und in der Großmarkthalle für Fleischwaren kamen mehrfach Fleischdiebstähle vor, die von Angestellten und Arbeitern dort tätiger Firmen begangen worden waren. Alle in den Fleischversorgungsbetrieben beschäftigten Personen wurden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Fleischdiebstähle, die einen schweren Verstoß gegen die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen darstellten, unnachlässiglich den Ausschluß aus sämtlichen Veterinärbetrieben für immer zur Folge hätten. -

Im Rahmen der sozialen Betreuung des Personals des Veterinär-amtes der Stadt Wien wurden je eine Werksküche in St. Marx und in der Großmarkthalle für Fleischwaren errichtet, um den Arbeitern und Angestellten ein warmes Mittagessen sicherzustellen. Eine Betriebssportanlage wurde im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Jugendpflege und Sport, eingerichtet. Die hierzu nötigen Vorarbeiten verrichtete das Personal in Gemeinschaftsarbeit. Die Kosten der Anlage beschränkten sich daher nur auf das notwendige Baumaterial und die Sportgeräte. Sämtliche Sportanlagen entsprachen den internationalen Größenverhältnissen.

q) Kriegsschäden.

Die durch den Bombenkrieg hervorgerufenen Schäden waren beim Veterinäramt besonders groß. Bei einem Angriff am 16. Juli 1944 erlitten die Veterinärdirektion in Wien III., Schlachthausgasse 43 und das Rinderschlachthaus viele Schäden durch Spreng- und Brandbomben. An sämtlichen Gebäuden des Rinderschlachthofes entstanden schwere Luftdruckschäden, Zerstörungen an den Dächern, Toren und Fenstern. Bei diesem Angriffe fielen ungefähr 3000 Brandbomben und cca 10 große Sprengbomben zu 500 kg auf das Gelände des Rinderschlachthofes. Der Schweineschlachthof St. Marx wurde am 8.2.1945 durch einen Bombenangriff zerstört. Die Schweinestallungen wurden fast zur Hälfte, die Schlacht- und Aufarbeitungshalle größtenteils und auch die Darmputzhalle zu einem erheblichen Teil vernichtet; das Maschinenhaus war unbrauchbar geworden und die Kühlräume erlitten schwere Schäden. Im Maschinenhaus wurde die maschinelle Einrichtung beschädigt

und ein großer Teil des Inventars vernichtet. Die elektrische Rollgewichtsbrückenwaage, die Notstichwaage und sämtliche Geleisewaagen wurden schwer beschädigt. Beim Eintriebstor wurden Kanal- und Wasserrohre schwer getroffen.

In der Kontumazanlage brannten der Dachstuhl und das 1. Stockwerk der Gastwirtschaft vollständig aus. Es wurden mehrere hundert Brandbomben und Brandblättchen auf die Anlage geworfen. Durch Volltreffer wurden die Schweinearbeitshalle und der Schweinekühlraum schwer beschädigt, das Maschinenhaus, der Berieslerturm, der Schornstein, die Darmputzereien, der Seuchenhof sowie die übrigen Gebäude der Anlage erlitten durch Sprengstücke Schäden. Das Meidlinger Schlachthaus kam mit geringen Schäden davon. Der Zentralviehmarkt St. Marx erlitt durch Brand sehr starke Beschädigungen der Parteiengebäude, der Verwaltungsgebäude und des Schweinebörsengebäudes. Die Kälberverkaufshalle wurde vernichtet, die Rinderverkaufshalle und Schafhalle wurden stark beschädigt. Die Schweineverkaufshalle an der Straße 6 wurde zerstört, ebenso die Reinigungsarbeitergarderobe. Mehrere Rinderstallgruppen gingen zugrunde. 196 Anbindestände und Verkaufsstände waren weggebrochen, ein Drittel der Lichtmaste zerstört, die Hälfte der Hydranten vernichtet. Zahlreiche automatische Schweine- und Rinderwaagen wurden eingebüßt. Das Kanal- und Wasserrohrnetz wurde stark beschädigt und fast alle Licht- und Telefonfreileitungen zerstört.

Die Großmarkthalle erlitt hauptsächlich Glasschäden. Etwa 9/10 der Verglasungen der Halle sowie sämtliche Glasdächer wurden zerbrochen. Das Dach des Eckbaues Invalidenstraße- Ungarbrücke der neuen Halle wurde von einem Bombensplitter durchgeschlagen. Im Pferdemarkt wurden 5 Stallungen und eine Holzbaracke zerstört. Durch Bomben, die vor dem Verwaltungsgebäude fielen, entstanden schwere Schäden. Die meisten Dächer wurden mehr oder weniger durch Splitter beschädigt.

3.) H a u p t e r n ä h r u n g s a m t .

Mit 1. April 1940 war der organisatorische und personelle Aufbau des Haupternährungsamtes im wesentlichen abgeschlossen. Der Personalstand mußte auch nach diesem Zeitpunkt noch erhöht werden, was nicht so sehr neuen Aufgaben, als größerer Arbeitshäufung zuzuschreiben war.

Bis zum Februar 1941 bestand das Haupternährungsamt aus folgenden 5 Abteilungen: der Rechtsabteilung, der Einzelverbraucherabteilung, der Großverbraucher-Abteilung, der Kleihverteiler-Abteilung und der Kontrollabteilung. Im Februar 1941 wurden die Rechtsabteilung und die Kontrollabteilung aus dem Verband des Haupternährungsamtes herausgenommen und mit den gleichartigen Abteilungen des Hauptwirtschaftsamtes im Amte des Leiters der kriegswirtschaftlichen Ämter zusammengefaßt.

Auf sachlichem Gebiet ergab sich zwar keine grundlegende Veränderung der Aufgaben, wohl aber eine weitgehende Ausdehnung und Verfeinerung des gesamten Apparates der Lebensmittelverteilung. Außer den reichseinheitlichen Lebensmittelkarten mußte Wien eine Reihe von Sonder-Lebensmittelbezugsausweisen auflegen, so den Ausweis für Geflügel und Niederwild, den Ausweis für Magermilch, den Ausweis zum Bezuge von Gemüse und Obst und den Einkaufschein für den Bezug von Waren, die nicht auf Reichskarten und Sonderbezugsausweise abgegeben wurden.

Große Sorgfalt wurde der Betreuung der Wehrmachtsurlauber gewidmet; ihnen wurde die Beschaffung nicht streng bewirtschafteter Lebensmittel durch die Ausgabe besonderer Bezugsausweise gesichert. Auch auf die richtige Betreuung jener Verbrauchergruppen, die nach ihrer Arbeitsleistung oder ihrer Konstitution einen höheren Bedarf an Lebensmitteln hatten, wurde geachtet.

Schwierige Probleme traten bei der Versorgung der Großverbraucher auf, da auf ihre spezifischen Versorgungseigentümlichkeiten nur höchst unzureichend Bedacht genommen worden war. In dieser Verbrauchergruppe mußte vor allem die Versorgung der Werkküchen geregelt werden. Es gelang, durch zusätzliche Zuteilung von Pferdefleisch die Fleischversorgung der Werkküchen über das durchschnittliche Ausmaß der Fleischversorgung für Arbeiter zu erhöhen.

Die Wiener Gaststätten hatten zu Kriegsbeginn erheblich unter Umstellungsschwierigkeiten zu leiden. Es ist gelungen, eine, wenn auch beschränkte, so doch den Ruf des Wiener Gaststättengewerbes nicht beeinträchtigende Versorgung dieses Wirtschaftszweiges zu erreichen.

Durch das neu geschaffene und im Reich bisher nirgends eingeführte System der Gemüse- und Obstrayonierung wurde die Gemüse- und Obstversorgung der Wiener Bevölkerung sichergestellt. Die zuständigen Reichsstellen hatten an dem Gelingen einer Rayonierung von Gemüse und Obst zunächst gezweifelt, mußten sich aber auf Grund der Wiener Erfahrungen zu einer anderen Meinung bekennen.

a) Rechtsangelegenheiten.

Die Rechtsabteilung hatte die Aufgabe, Übertretungen gegen die Bewirtschaftungsvorschriften für Lebensmittel zu verfolgen. Die gesetzliche Grundlagen bildeten die Verordnungen über den Warenverkehr vom 18. August 1939, die Verbrauchsregelungs-Strafverordnung vom 6. April 1940 und eine Reihe von Anordnungen des Landesernährungsamtes, deren Nichteinhaltung unter Strafsanktion gestellt wurde. Da gerade bei Nahrungsmitteln der Anreiz für die Nichteinhaltung der Vorschriften sehr groß war, wurden zahlreiche Übertretungen angezeigt, und damit war auch der Arbeitsanfall sehr umfangreich geworden. Durch die organisatorischen Veränderungen vom Februar 1941 wurde die Rechtsabteilung mit der des Hauptwirtschaftsamtes, wie bereits erwähnt, zu einer gemeinsamen Rechts- und Strafabteilung der kriegswirtschaftlichen Ämter zusammengelegt.

b) Einzelverbraucher.

Zu den bisher aufgelegten Reichskarten wurden weitere Reichskarten neu eingeführt; so die Brotkarte B, die SV-Fettkarte für Selbstversorger, die SV-Nährmittelkarte für Selbstversorger, dann die Reichsfettkarte für Jugendliche, die Gemüsekonservenkarte und die Reichsurlauberkarten für 1-7 Tage. Die einheitliche Regelung bei Abmeldungen wurde durch Einführung der Reise- und Umzugs-Abmeldebestätigung getroffen.

Am 1. Oktober 1940 wurde die Ausgabe von Reisemarken an Fremde durch die Wiener Hotels zentral im Haupternährungsamt geregelt. Es wurde zu diesem Zwecke ein eigenes Referat für Hotelabrechnung eingerichtet.

Die von anderen Verbrauchergruppen nicht in Anspruch genommenen Brotmarken wurden über die NS-Volkswohlfahrt in Form von Reisemarken zur Verfügung gestellt.

Die Juden erhielten ihre Lebensmittelkarten in einer eigens geschaffenen Zentralkartenstelle für Juden. Seit 6. Dezember 1940 waren auch die ausländischen Juden mit geringen Ausnahmen den inländischen Juden in der Lebensmittelversorgung gleichgestellt. Die Zentralkartenstelle für Juden führte eine genaue Kartei der jüdischen Bevölkerung und zeigte alle Veränderungen auf.

c) Groß- und Sonderverbrauch.

In besonderer Weise war die Lebensmittelzuteilung für Anstalten, deren Bewohner über keine Lebensmittelkarten verfügten, geregelt. Hieher gehörten nicht nur Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, sondern auch Justiz- und Polizeigefangenhäuser, Anhaltelager, Ordensanstalten, Schulungsstätten der NSDAP, HJ-Sommerlager usw; Sonderzuteilungen erhielten überdies Gasthöfe, Speisehäuser, Automatenbuffets, Kaffeehäuser, Hotels, Fremdenpensionen, Wehrmachtskantinen und Offiziersspeisehäuser, Milchtrinkhallen, Eisdielen(Gefrorenes-Erzeugung), Werkküchen und werkküchenähnliche Gemeinschaftsküchen. Unvorhergesehene Zuteilungen wurden an Betriebe zur Sicherung des Wehrmachtsbedarfes an Brotfabriken und Apotheken ausgegeben. Teilweise Zuteilungen erhielten Lager mit Gemeinschaftsquoten, der NSV-Bahnhofsdienst, die Kinderlandverschickung, industrielle und Landarbeiter-Transporte, Rückgeföhrentransporte von Auslandsdeutschen, Katastrophen- und Notstandsfälle, technische Nothilfe, Bautrupps und Hilfszüge der Reichsbahn, Betriebe zur Bewirtung ausländischer Gäste Wiener Messe, wissenschaftliche Institute, Schädlingsbekämpfer u.a.

Die Zuteilungen auf Kartengrundlage für Kochschulen, Kochkurse, Lehrlingsprüfungen, Futterzuteilungen für Rassehunde, Meldehunde im Dienste der Wehrmacht, der Polizei usw. war im Haupternährungsamt Abt. B zusammengefaßt. Hier wurde auch der zentrale Umtausch der Kartenabschnitte bei Teilverköstigungen in Anstalten, die Anweisung von Krankenzulagen an Anstaltsinsassen etc. besorgt. Hiezu kam die organisatorische Planung und Regelung aller grundlegenden Erfordernisse und Arbeitsgänge, der Verkehr mit den Parteien und behördlichen Stellen, Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsgruppen, Innungen, der ärztlichen Genehmigungsstelle, die grundsätzliche Regelung für die Abnahme von Lebensmittelkarten und Kartenabschnitten bei ersatzweiser Teilnahme an Gemeinschaftsverpflegungen, die grundsätzliche Regelung der An- und Abmeldungen der Teilnehmer, die Organisation der Treuhandstellen und Zwischenstellen für die notwendigen Erhebungen.

Die Geschäfte wurden von 6 Unterabteilungen geführt; es sind dies die Unterabteilung: Anstalten und Lager, Gaststätten, Bäckereien, Konditoreien, Brotfabriken, Apotheken etc., Werkküchen,

Sonderverbrauch, Kontrolle.

Die Schaffung einer besonderen Unterabteilung Kontrolle war wegen der relativen Höhe der einzelnen Zuteilungen und die daher notwendige Überwachung bedingt.

Neben den direkten Zuteilungen waren von Fall zu Fall verderbbedrohte oder bahnbeschädigte Waren, deren Menge oft beträchtlich war, unter Mitarbeit verschiedener auswärtigen Stellen in kürzester Frist an Großverbraucher zuzuweisen.

d) Kleinverteiler - Abteilung.

Die Sicherheit der Gebärung zwang zu einer strengen Überwachung des Wiener Kleinverteilerapparates. Dennoch wurde immer wieder getrachtet, den durch die Kriegsaufgaben vielfach belasteten Kleinverteilern zu helfen, um sie durch Überlastung nicht leistungsunfähig zu machen.

Die Schaffung besonderer Verrechnungsstellen für den Umtausch der den Kleinverteilern abgegebenen Lebensmittelkartenabschnitten in Bezugscheine brachte große Erleichterungen bei erhöhter Gebärungssicherheit. Anzuführen wäre auch eine Lagerauffüllung des Wiener Lebensmitteleinzelhandels die bei einer Reihe von Waren notwendig wurde, weil die zu Kriegsbeginn vorhandenen Vorräte zu Ende gegangen waren. So setzte im September 1940 eine Aktion ein, mit dem Zwecke, die Lebensmitteleinzelhändler zur Lagerung eines Mehlvorrates im Ausmaß eines Vierwochenumsatzes zu veranlassen. Gleichzeitig lief eine Entschuldungsaktion für die Betriebe, damit die Einzelhändler in die Lage kamen ihren Mehلبedarf im vorhinein zu begleichen. Mit Rücksicht auf eventuelle Kriegsauswirkungen war es wünschenswert, die Mehllager für einen 3- 4 Wochenbedarf der Verbraucherschaft aufgefüllt zu wissen. Bei allen Gaststätten wurde die gleiche Aktion für einen Zweiwochenbedarf durchgeführt.

Die Mehllager wurden rechnungsmäßig und durch Kontrollorgane warenmäßig streng kontrolliert und neuerliche Verschuldungen unter Anwendung scharfer Strafsätze geahndet.

e) Kontrollabteilung .

Die Kontrollabteilung des Haupternährungsamtes überwachte die Kartenstellen, Verrechnungsstellen und im besonderen Maße die Kleinverteiler. Es gelang ihr, eine große Reihe von Übertretungen festzustellen und auf diese Weise die rechtlich gewährleistete Lebensmittelversorgung der Wiener Bevölkerung zu sichern. Im Laufe der Neuorganisation der kriegswirtschaftlichen Ämter wurde die Kontrollabteilung mit der Kontrollgruppe der Abteilung II des Hauptwirtschaftsamtes zu einer gemeinsamen Revisionsabteilung ausgebaut und dem Leiter der kriegswirtschaftlichen Ämter unmittelbar unterstellt.

4. H a u p t w i r t s c h a f t s a m t .

Mit EntschlieÙung des Reichsstatthalters vom 25. Jänner 1941 wurden das Hauptwirtschaftsamt, das Haupternährungsamt, Abt. B, und die Kartenhauptstelle, die bisher unabhängig nebeneinander bestanden hatten, unter eine gemeinsame Leitung gestellt. Die beiden Hauptämter blieben als reine Fachämter bestehen, die Kartenstelle wurde liquidiert.

Die den Hauptämtern gemeinsamen Angelegenheiten, wie Rechtsangelegenheiten, Personalverwaltung und Revision wurden dem Amte des Leiters der kriegswirtschaftlichen Ämter unmittelbar eingegliedert.

Die Verwaltungsgeschäfte des Hauptwirtschaftsamtes wurden neu eingeteilt; es gab nunmehr nur folgende Fachabteilungen: Punkteverrechnungsstelle, Spinnstoffwaren, Treibstoffe, Brennstoffe, Seife und Waschmittel, Schuhe und Lederwaren.

a) Punkteverrechnungsstelle.

Durch Anordnung der Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete wurde die Beschaffung bezugsbeschränkter Spinnstoffwaren durch Handel, Handwerk und Bekleidungsindustrie mit Wirksamkeit vom 15.2. 1940 von der Ablieferung der vereinnahmten Reichskleiderkartenabschnitte und Bezugscheine abhängig gemacht. Zu diesem Zwecke wurde die Punkteverrechnungsstelle errichtet. Diese verwaltete alle Punkteguthaben und bestätigte die Punkteschecks, die ausschließlich zur Warenbeschaffung dienten.

b) Spinnstoffwaren.

Diese Abteilung des Hauptwirtschaftsamtes führte die Bestimmungen über die Verbrauchsregelung für Spinnstoffe und Schuhwaren durch. In der ersten Zeit der Bewirtschaftung war die Abteilung Spinnstoffe und Schuhe in ein Großverbraucher-, Einzelverbraucher- und Schuhreferat geteilt.

Die Gruppe Großverbraucher bearbeitete Anträge auf Ausstellung von Bezugscheinen für Großverbraucher, Ämter und öffentliche Stellen und verhandelte mit Industrieunternehmungen und Fachgruppen. Das angegliederte Referat Arbeitskleidung behandelte die persönlich und schriftlich eingebrachten Anträge von Handels- und Industriefirmen auf Ausstellung von Bezugscheinen für Arbeitskleidung. Die Bewilligung erfolgte in Form von Anweisungen für die Kartenstellen. Das Referat Nähmittel entschied über die Ausstellung von Bezugscheinen für Nähmittel an Großverbraucher und öffentliche Dienststellen und gab Bezugskarten für Arbeiter mit großem Verschleiß an Kleidung aus.

Die Gruppe Einzelverbraucher nahm persönlich und schriftlich eingebrachte Anträge der Einzelverbraucher entgegen und wies die ständigen Kartenstellen an, nach den bestehenden Bestimmungen Bezugscheine auszufolgen. Sie schulte auch die Kartenstellenleiter und deren Mitarbeiter.

Ab 1. Februar 1943 wurden auch Wolldecken und Grobgarndecken in die Kontingentierung einbezogen. Mit Beginn der Gültigkeit der Vierten Reichskleiderkarte (1. Jänner 1943) durften Männer- und Burschenanzüge, Männer-Wintermäntel, - Joppen, Frauen-, Knaben- und Mädchen- Wintermäntel nicht mehr auf die Punkte der Vierten Reichskleiderkarte bezogen werden, sondern nur gegen Bezugscheine, die wieder nur im Rahmen eines sehr knappen Kontingentes ausgestellt wurden. Besonders Wintermäntel wurden nur in Ausnahmefällen bewilligt. Für Frauenwintermäntel war die Zuteilung von kleinen Stoffmengen für Ausbesserungen vorgesehen. Die Ausstellung eines Bezugscheines für einen Männeranzug war gegen Abtrennung von 20 Punkten der Reichskleiderkarte des Antragstellers dann zulässig, wenn der Verbraucher weniger als 2 tragfähige Anzüge oder deren entsprechende Einzelteile besaß.

Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß bei der 4. Reichskleiderkarte, im Gegensatz zu den Bestimmungen der Kleiderkarten 1 - 3 eine Vorgriffsmöglichkeit grundsätzlich nicht

bestand. Eine gewisse Erleichterung brachten die Zusatzkarten für werdende Mütter und die Zusatzkleiderkarte für Trauerkleider. Für beide Gruppen von Anspruchsberechtigten entfiel seitdem die Ausgabe von Bezugscheinen. Der Kreis der Bezugsberechtigten bei Trauerfällen wurde wesentlich eingesengt.

Das Referat Schuhe hatte die Aufgabe, das der Stadt Wien zugewiesene Kontingent an Straßen-, Arbeits-, Haus- und Turnschuhen, leichten Sommerschuhen sowie Stiefel und Gamaschen an die Kartenstellen der Dichte und Struktur der Bevölkerung entsprechend zu verteilen, Anträge von Großverbrauchern zu behandeln, ferner Verhandlungen mit Behörden, Fachgruppen und Industrieunternehmungen zu führen. Alle Anträge auf Ausstellung von Bezugscheinen für Arbeitsschuhe wurden für Wien zentral vom Referat Schuhe erledigt. Außerdem wurden die von Schuhhandelsgeschäften und Schuhmachern eingelösten Bezugscheine zur Nachbeschaffung des Rohmaterials entgegengenommen, überprüft und über die Zahl der abgelieferten Scheine Mitteilungen für die Reichsstelle für Lederwirtschaft ausgestellt.

Vom 1.4. - 30.9. 1942 durften im allgemeinen nur Bezugscheine II für Straßenschuhe (IIa für Schuhe mit Holzsohlen, II b für leichte Straßenschuhe mit anderen als Holzsohlen) erteilt werden. Bezugscheine II b waren für stillende Mütter und Müttern mit Kindern, die viel Hausarbeit zu verrichten hatten, Laufmädchen, Straßenbahnschaffnerinnen und dgl. vorbehalten.

Im 2. Halbjahr 1940 wurden vom Hauptwirtschaftsamt 16 Kinderschuh- Austauschstellen errichtet. Um die Verwaltungskosten für Miete, Beleuchtung und Beheizung der Tauschstellen sowie der Schuhreparaturkosten bestreiten zu können, wurde für jedes getauschte Paar Kinderschuhe ein Spesenbeitrag von RM-.20 eingehoben.

c) Treibstoffe.

Die Abteilung hatte die Verbraucher mit Treibstoffen (Benzin, Diesel, Treibgas), Petroleum sowie mit Fahrrad- und Autobereifungen zu versorgen.

Das Referat Treibstoffe hatte nach einer Anordnung der Reichsstelle für Mineralöl vom August 1939 die Abgabe von Kraftstoffen zu regeln. Hierzu gehörten die Verbrauchslenkung für Vergaserkraftstoff, Dieseltreibstoff und Treibgas, die Verwaltung

der durch das Landeswirtschaftsamt zugeteilten Kontingente, sowie deren Verteilung an die unterstellten Ausgabestellen und die Verrechnung.

Zum Unterschiede von allen anderen bewirtschafteten Waren wurden die Tankausweiskarten nicht durch die Kartenstellen, sondern durch die Bezirkshauptmannschaften ausgegeben.

Auf Grund der Anordnung der Reichsstelle für Mineralöl, Petroleumbewirtschaftung vom Jänner 1940, hatte das Referat Petroleum den Petroleumverbrauch zu lenken. Das Referat gab die Bezugsberechtigungsnachweise für Petroleum nach festgesetzten Monatsquoten aus. Ferner gab es Sondernachweise an Siedler, Kleingärtner, Besitzer von Sommerhäuser u.dgl. aus.

Das Referat Gummi führte eine Reifensammelaktion durch. Dazu mußten 7 Reifensammelstellen in verschiedenen Bezirken Wiens errichtet werden. Das gesammelte Material wurde geschätzt und verblieb bis zur endgültigen Übergabe an das Reichsreifenhauptlager in der Verwaltung dieses Referates. Nach Beendigung der Sammelaktion wurden 20 Reifenkartenausgabestellen in Wien errichtet. Sie hatten den Verbrauch an Reifen zu überprüfen, den notwendigen Ersatz an Bereifungen sicherzustellen.

Das Referat Fahrradbereifung hatte die Verwaltung und Aufteilung der dem Hauptwirtschaftsamt zugeteilten Kontingente sowohl für Fahrrad-Erst-Bereifungen als auch für Fahrrad-Ersatzbereifungen zu besorgen. Außerdem führte es die dafür erforderliche Zentralkartei.

Vorübergehend wurden auch Batterien bewirtschaftet.

d) Brennstoffe.

Die Abteilung für Brennstoffe des Hauptwirtschaftsamtes führte die Bestimmungen über die Verbraucherregelung der festen Brennstoffe (Kohle und Holz) für den Hausbrandverbrauch auf Grund einer Anordnung der Reichsstelle für Kohle durch. Die Aufgaben umfaßten sowohl die Regelung des Brennstoffbezuges der Händler als auch die Organisation einer gerechten Verteilung der zur Verfügung stehenden Brennstoffe an die Verbraucherschaft. Um einen Überblick über die Wareneingänge und deren Verteilung zu gewinnen, wurde eine Statistik geführt, die auch ein Bild über die Warenverteilung der Rutschenhändler an die Klein Händler gab. Mit der Kohlenverbrauchszuregelung wurde im Mai 1940 auch die Brenn-

holzbewirtschaftung durchgeführt. Vorerst mußten die Besitzer von Holzdauerbrandöfen erfaßt werden, um zu vermeiden, daß an einen Haushalt beide Brennstoffarten zugewiesen wurden. Für Haushalte wurden bestimmte Unterzündholzmengen festgesetzt, ebenso für den gewerblichen Raumheizungsbedarf. Den gewerblichen Betriebsbedarf erhoben die Innungen und Wirtschaftsgruppen. Zur Deckung des Holzbedarfes wurden Wertscheine ausgegeben, die von der Reichsstelle für Holz dem Hauptwirtschaftsamt zur Verfügung gestellt wurden. Ebenso wie bei Kohle erfolgte die Zuweisung an die Händler auf Grund der Bedarfsanmeldungen, die genau überprüft und in Karteiform geführt wurden.

e) Seife und Waschmittel.

Diese Abteilung verrechnete die Seifenkartenabschnitte und Sonderbezugscheine und setzte sie ~~ste~~ ~~gemäß einer Anordnung~~ der Reichsstelle für industrielle Fettversorgung in Groß- und Sammelbezugscheine um.

Die Abteilung hatte die Ausgabe der Reichsseifenkarten und eines Teiles der Zusatzkarten den Kartenstellen übertragen und gab selbst die übrigen Zusatzseifenkarten sowie Sonderbezugscheine aus. Sonderbezugscheine erhielten Beschäftigte in Betrieben mit besonderer Schmutzarbeit, Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungswesens, Anstalten, in denen Personen gemeinschaftlich untergebracht waren, sonstige Betriebe, Militärurlauber und Quartiergeber von Militärpersonen. Die Ausgabe von Zusatzseifenkarten, besonders für jenen Personenkreis, der von den Kartenstellen beteiligt wurde, war durch die Bestimmungen eindeutig festgelegt.

f) Rauchwaren.

Im März 1942 wurden für den Kleinverkauf von Tabakwaren Kontrollkarten für 6 Monate mit Tagesabschnitten ausgegeben, und zwar an: männliche Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet und an weibliche Personen, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten. Eine Abgrenzung des Alters nach oben wurde bei den Kontrollkarten für Frauen mit dem 55. Lebensjahr bei der 2. Raucherkarte festgesetzt. Frauen, die das 55. Lebensjahr vollendet hatten, erhielten Kontrollkarten nur dann, wenn sie nachweisbar selbst Raucherinnen waren oder ein unverheirateter Sohn oder der Ehegatte sich im Wehrmacheinsatz befanden. Wehrmachtsangehörige erhielten ihre Raucherkarte nur durch die Wehrmachtsdienststellen.

Ausländische Arbeiter, die in Lagern untergebracht waren, wurden durch die DAF mit Tabakwaren versorgt; ausländische Arbeiter, die nicht in Lagern wohnten, erhielten Kontrollkarten durch die Kartenstellen. Polen und Russen bekamen eine Kontrollkarte, die nur die halbe Anzahl von Abschnitten aufwies. Polinnen und Russinnen waren nicht anspruchsberechtigt, ebenso Juden. Jene Juden, die in einer privilegierten Mischehe lebten oder als Weltkriegsteilnehmer verwundet worden waren, erhielten die Raucherkarte auf Antrag. Die Anzeigen über den angeblichen Verlust von Kontrollkarten und Kontrollausweisen stiegen zahlenmäßig in dem Verhältnis, als die zu beziehenden Mengen herabgesetzt wurden. Eine Ersatzkarte wurde nur dann ausgestellt, wenn nachweisbar eigenes Verschulden an dem Verlust nicht vorlag, was selten der Fall war.

g) Häute und Felle.

Für das Direkteinkaufverfahren von Häuten und Fellen wurden neue Bestimmungen erlassen, die mit 1. Juli 1942 in Kraft traten. Die Anordnungsbefugnisse zur Regelung des Wareneinkaufes wurden dem Landeswirtschaftsamt übertragen. Auf Grund der geltenden Bestimmungen erhielt der Häuteablieferer 50 % des aus der verkauften Haut hergestellten Leders oder für 2 abgegebene Wildfelle eine gegerbte Haut für seinen Verbrauch. Für abgegebene Schweinehäute konnte statt der 50 % auch ein Bezugschein für derbe Schuhe ausgestellt werden.

h) Waren verschiedener Art.

Diese Abteilung wurde Mitte Dezember 1942 gegründet. Die Notwendigkeit hiezu ergab sich dadurch, daß immer mehr Waren bewirtschaftet wurden, die in die bestehenden Abteilungen herkunftsmäßig nicht eingegliedert werden konnten.

Vom Jahre 1942 an wurden Möbel, Öfen, Herde, Rundfunkgeräte und Dachpappe bewirtschaftet. Die Abteilung wies einen besonders starken Parteienverkehr auf, wobei nur einem kleinen Teil selbst berechtigter Wünsche entsprochen werden konnte, denn die Kontingenzuteilungen standen in keinem Verhältnis zu den angeforderten und benötigten Waren. Für Möbel wurden vorerst nur Bedarfsscheine ausgegeben, die den Zweck hatten, in Notstandsfällen, z.B. bei Fliegergeschädigten, Haushaltsneugründungen, die bevorzugte Bedarfsdeckung zu ermöglichen.

Luxus-, Metall-, Polster- und Büromöbel waren vorerst ebenfalls frei erhältlich. Mit 1.8.1942 aber wurde die Verbrauchlenkung verschärft und nur mehr solche Möbel zum freien Verkauf zugelassen, die bereits vor dem 1. August 1942 bestellt worden waren. Die Gewährung von Bezugscheinen wurde an die Bedarfsprüfung gebunden, die meist eine Häuserhebung notwendig machte.

Was die Öfen betrifft, so wurden anfangs nur Dringlichkeitsbescheinigungen auf bestimmte Einzelhändler ausgegeben. 3/4 seines Lagers konnte jeder Einzelhändler frei verkaufen, nur 1/4 mußte für Dringlichkeitsbescheinigungen vorbehalten werden. Hiedurch ergaben sich Schwierigkeiten, da die dringlichen Fälle die Zahl der zur Verfügung stehenden Heiz- und Kochgeräte weit überstiegen.

Am 1. Jänner 1943 wurde bestimmt, daß Dach-, Isolier- und Einlegepappe aller Art vom Erzeuger und Großhandel nur gegen Dachpappenschecks geliefert werden durften. Für den Kleinbedarf bis 40 m² wurden vom Hauptwirtschaftsamt Berechtigungsscheine ausgegeben. Für Bedarf über 40 m² erfolgte die Zuteilung durch das Landeswirtschaftsamt über Antrag des Hauptwirtschaftsamtes.

i) Personal- und Verwaltungsangelegenheiten.

Die immer zahlreicheren Aufgaben des Hauptwirtschaftsamtes erforderten eine entsprechende Vermehrung des Personals und im Zusammenhang damit wieder die Beschaffung von Räumen, Möbeln u.s.w. Im Mai 1940 wurde daher eine eigene Abteilung mit der Anforderung und Betreuung des Personals betraut, die sich auch mit der Lösung der Raumfrage zu beschäftigen hatte. Im Februar 1941 wurde die Abteilung aus dem Rahmen des Hauptwirtschaftsamtes herausgenommen und in die Personalabteilung der kriegswirtschaftlichen Ämter einbezogen.

Im letzten Kriegsjahre hatte das Hauptwirtschaftsamt infolge der zunehmenden Luftangriffe eine sich ständig steigende Arbeitsleistung zu vollbringen und dies unter Umständen, die selbst immer schwieriger wurden.

Das Hauptwirtschaftsamt und die ihm unterstellten Kartenstellen hatten vom 1. Luftangriff am 12.4.1944 bis zum Angriff am 16. März 1945 jene Bedürftigen, die zu Schaden gekommen

waren, zu befriedigen und sie im Rahmen des Möglichen mit neuen Waren zu versorgen. Wenn man bedenkt, daß durch diese Angriffe innerhalb elf Monaten 264.812 Haushalte mit 580.626 Personen betroffen wurden, so kann aus diesen Zahlen auf die ungeheure Arbeit, die das Hauptwirtschaftsamt geleistet hatte, geschlossen werden. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß im September 1944 das Hauptwirtschaftsamt, bei dem Angriff, der das Bild des 1. Bezirkes so grauenhaft veränderte, 3 schwere Treffer erhielt.

Es ist wohl selbstverständlich, daß durch die Fliegerangriffe die unbedingt notwendigen Bedarfsgüter ständig eingeschränkt werden mußten. Immer wieder fielen Vorräte jeder Art und Menge den Bomben oder Bränden zum Opfer und die Zahl der Betroffenen und Bedürftigen wurde täglich größer.

Wie sich diese Einschränkungen auswirkten, soll an einigen Beispielen dargetan werden: Zu Beginn der Angriffe hatte die Schwangere noch Anspruch auf ein Umstandskleid oder einen Mantel und auf Schuhe mit niederen Absätzen, Anfang 1945 wurde im gleichen Fall nur mehr ein Stoffstreifen von 30 cm zum Weitermachen der Kleidungsstücke bewilligt. Schuhe waren meist nicht mehr aufzutreiben.

Die Ansprüche auf Trauerkleidung wurden anfangs 1945 mit einem Trauerflor für Männer oder einem Paar Strümpfe für Frauen abgegolten.

Heiratsausstattungen wurden sowohl was Textilien als auch Möbel betrifft zu leeren Begriffen, wenn in Betracht gezogen wird, daß der vollkommen Ausgebombte, der ein ganzes Hemd am Leibe hatte, nur Anspruch auf ein zweites erheben konnte. Derselbe Ausgebombte mußte auch, wenn er in den Besitz eines Bezugscheines auf einen Kasten kommen wollte, einen Familienstand von 5- 6 Personen nachweisen.

Unter Hinweis auf den Warenmangel und die zunehmenden Transportschwierigkeiten wurden die vom Landeswirtschaftsamt zugewiesenen Kontingente z.B. an Geschirr und Haushaltsgeräten immer kleiner oder blieben ganz aus. Es hat Zeiten gegeben, wo es in ganz Wien unmöglich war, eine Badewanne für einen Säugling oder einen ebenso wichtigen Topf zum Auskochen der Windeln zu beschaffen.

Fast jede Abweisung, die bei zeitweisem, völligen Warenmangel unvermeidlich war, führte zu den traurigsten und aufregendsten Szenen und zu Beschimpfungen der schuldlosen Amtorgane.

5. K a r t e n - u n d V e r r e c h n u n g s - s t e l l e n .

Das Karten- und Verrechnungsstellenamt wurde mit Erlaß des Bürgermeisters vom 29.9.1943 geschaffen.

Zum Verständnis des organisatorischen Aufbaues ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der kriegswirtschaftlichen Ämter notwendig. Mit Ausbruch des Krieges im September 1939 wurden zugleich auch die wichtigsten Lebensmittel und gewerblichen Waren bewirtschaftet. Hiefür wurden eigene Ämter errichtet; für die Bewirtschaftung der Lebensmittel das Haupternährungsamt, Abteilung B, für gewerbliche Waren das Hauptwirtschaftsamt. Die Ausgabe der Bezugsberechtigungen erfolgte in den Kartenstellen, die Rückverrechnung durch die Händler in den Verrechnungsstellen. Die Einrichtung der Karten- und Verrechnungsstellen und ihre sachliche und personelle Betreuung war Aufgabe der Kartenhauptstelle, die auch für den Abtransport des Rücklaufmaterials und dessen Verschrottung zu sorgen hatte. Die Verteilung der Lebensmittelkarten, Bezugscheine und des erforderlichen Kanzleimaterials an die Kartenstellen erfolgte durch die Hauptverteilerstelle im Rathaus. Die Kontrolle lag in den Händen einer eigenen Kontrollabteilung.

Am 1.2.1941 wurden alle diese Dienststellen dem " Leiter der kriegswirtschaftlichen Ämter", unterstellt, wobei aber die beiden Hauptämter ihre fachlichen Weisungen vom Reichsernährungs-, oder Reichswirtschaftsministerium erhielten.

Im Mai 1942 wurden die beiden Hauptämter selbständig gemacht. Gleichzeitig wurde ein Verwaltungsamt für die gemeinsamen Angelegenheiten(Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, Hauptverteilerstelle, Dienstaufsicht und Kontrolle), geschaffen.

Da sich auch diese organisatorische Form nicht bewährte, wurde im Oktober 1942 vom Bürgermeister die Liquidierung des

Verwaltungsamtes verfügt.

Mit 1. 3. 1943 wurden die beiden Hauptämter auch personell und verwaltungstechnisch selbständig. Die Betreuung der Karten- und Verrechnungsstellen, einschließlich Dienstaufsicht und Altmaterialgebarung, wurde der Abteilung " B 5 - Karten- und Verrechnungsstellen" übertragen, die dem Büroinspektorat unterstand. Mit der Überwachung des Parteienverkehrs und der Dienstzeit in den Karten- und Verrechnungsstellen wurden die Bezirkshauptmannschaften beauftragt. Die Hauptverteilerstelle und die Beschaffungsstelle wurden dem Beschaffungsamte angegliedert. Die Kontrolle der Karten- und Verrechnungsstellen, sowie der Hauptämter versah die " Kontrollabteilung der kriegswirtschaftlichen Ämter". Von dem übriggebliebenen Personal der alten Kontrollabteilung wurden im Haupternährungsamt und im Hauptwirtschaftsamt Erhebungsgruppen gebildet.

Um alle Kontroll- und Aufsichtsarbeiten zu vereinigen, wurde die Dienstaufsicht für Karten- und Verrechnungsstellen mit 1. 9. 1943 von der Abteilung B 5 losgelöst und der Revisions- und Kontrollabteilung angegliedert.

a) Karten- und Verrechnungsstellenamt.

Um alle bisher in verschiedenen Dienststellen behandelten Angelegenheiten für Karten- und Verrechnungsstellen zusammenzufassen, wurde mit 1. 10. 1943 das Karten- und Verrechnungsstellenamt durch eine Verfügung des Bürgermeisters geschaffen.

Dieses Amt setzte sich aus 7 Abteilungen zusammen, und zwar den Abteilungen 1 a Amtsleitung zugleich stellvertretende Amtsleitung des Hauptwirtschaftsamtes 1 b stellvertretende Amtsleitung zugleich auch stellvertretende Amtsleitung des Landesernährungsamtes.

Abteilung 2 - Personal- und Verwaltungsangelegenheiten,

Abteilung 3 - Dienstaufsicht für Kartenstellen,

Abteilung 4 - Dienstaufsicht für Verrechnungsstellen,

Abteilung 5 - Kartenhauptverteilerstelle,

Abteilung 6 - Beschaffungsstelle.

Nachgeordnete Dienststellen waren:

231 Kartenstellen, hiervon 141 im alten Stadtgebiet, 88 im neu eingemeindeten Gebiet, 1 Kartenstelle für Binnenschiffer, 1 Kartenstelle für Juden; ferner 25 Verrechnungsstellen mit 21 Expositionen.

Die Kontrolle erfolgte ausschließlich durch das Rechnungsprüfungsamt, dem nunmehr auch das Personal der Kontrollabteilung der kriegswirtschaftlichen Ämter zugeteilt wurde. Das Altmaterial führte das Beschaffungsamt der Gemeinde Wien ab.

Durch die Betrauung der Stellvertretenden Amtsleiter der beiden Hauptämter mit der Leitung des Karten- und Verrechnungsstellenamtes wurde eine enge Arbeitsgemeinschaft der drei kriegswirtschaftlichen Ämter und damit die Grundlage zu verschiedenen Verbesserungen geschaffen; auch die Stellung der Karten- und Verrechnungsstellen wurde dadurch gehoben.

Im wesentlichen ergaben sich folgende Aufgaben: Ausbau der Dienstaufsicht, Hebung der Leiterqualitäten, Austausch unfähiger Leiter und Mitarbeiter, Qualitätsverbesserung der Mitarbeiter, Verbesserung und Ausgestaltung der Diensträume, Verbesserung der Einreihung und damit der Bezahlung der Angestellten. Da mit einer Zuweisung guten Personals nicht zu rechnen war, mußten die Personalabgänge durch Arbeitsvereinfachungen und Kartenstellenzusammenlegungen wettgemacht werden. In einem Organisationsausschuß der Dienstaufsicht wurden alle organisatorischen Vorschläge geprüft und in einer "Versuchskartenstelle" für die praktische Durchführung vorbereitet. In Weisungen über die Kartenhauptausgabe wurden die Aufgaben der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter klar umrissen.

In einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Hauptämter und des Karten- und Verrechnungsstellenamtes wurden Einsatzweisungen für den Fliegerschadensfall geschaffen, die vom Bürgermeister mit Entschluß vom 20. Jänner 1944 genehmigt wurden.

Aus Gründen der Personal- und Materialersparnis wurden einige Kartenstellen zusammengelegt.

b) Personalabteilung.

Für die Kartenhauptausgabe waren in den Kartenstellen Lehrer, Mitglieder der Frauenschaft und zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter tätig. Ihr freiwilliger Einsatz reichte von stundenweiser Betätigung bis zur vollen Inanspruchnahme im Ausmaß der hauptamtlichen Kräfte. Um dem eigenen Personal bei dem bestehenden Mangel an Arbeitskräften den Urlaub zu ermöglichen, wurden in den Schulferien Lehrpersonen eingeteilt, die von der Reichsstatthalterei

verpflichtet wurden, 25 Stunden in der Woche in den Kartenstellen zu arbeiten; ferner standen Studenten durch einige Wochen meist ganztägig zur Verfügung.

Die Personalabteilung regelte den gesamten Arbeitseinsatz aller Dienststellen des Karten- und Verrechnungsstellenamtes, ferner stellte sie Anträge in allen Personalangelegenheiten und sorgte für ihre Durchführung, für die Standesführung, die Anforderung und Auszahlung der Gehalte und Gebühren.

Um ungerechtfertigtes Fernbleiben zu verhindern, wurden täglich ca 10 Kranke im Einvernehmen mit dem Gesundheitsamte kontrolliert.

Der Leiter war überdies mit Schulungs- und Verwaltungsaufgaben betraut.

Im Falle von Fliegerschaden hatte die Personalabteilung über Anforderung der Dienstaufsicht die Zuteilung des Personals der Fliegenden Kartenstellen, sowie der Ersatzkräfte, die vom Rathaus zur Verfügung gestellt wurden, vorzunehmen.

c) Kartenstellen.

Die Kartenstellen hatten für die gleichmäßige Verteilung der lebenswichtigen Waren an die Bevölkerung zu sorgen. Auf dem Gebiete der Ernährung bildete eine der wichtigsten Aufgaben die alle 4 Wochen stattfindende Zuteilung der Lebensmittelkarten. Es wurden, je nach Ausgabe der Dauerkarten, in Wien an jede Person 6- 12 Karten je Periode, zusammen 8- 16 Millionen Karten ausgegeben. Daneben waren monatlich bis zu 150.000 An- und Abmeldungen durchzuführen, rayonierte Karten in Reise- und Lebensmittelmarken umzutauschen, Karteien und Vormerkungen zu führen und der gesamte Parteienverkehr abzuwickeln.

Der Wirtschaftssektor stellte durch die kriegsbedingte Mangellage an die Kartenstellen besonders große Anforderungen. Neben Kleider-, Raucher- und Seifenkarten, mußten auf Antrag und Bedarfsprüfung individuell Bezugsberechtigungen für Spinnstoffe, Schuhe und Haushaltsgüter ausgegeben werden. Die Dienstzeit der Kartenstellen bis 19 Uhr ermöglichte auch allen berufstätigen Personen sie aufzusuchen.

Aus bewährten Kartenstellenleitern wurde eine Dienstaufsicht gebildet. Sie überwachte die Arbeit in den Kartenstellen und führte eine Vereinheitlichung der Arbeitsvorgänge herbei. Der Abgang bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten sank hiedurch auf ein ~~Zehntel~~ Promille. Sehr bewährte sich der Einsatz weiblicher Fachreferentinnen.

Einen wesentlichen Anteil an der Besserung hatte die Schulung der Kartenstellenleiter und der Mitarbeiter.

Die Einführung eines Nachtdienstes während der Hauptausgabe sowie die Verfügung, daß Bezugsberechtigungen in versperrten Koffern verwahrt und möglichst in bewohnte Räume gebracht werden müssen(Schuldiennerwohnung u.s.w.) bewirkte, daß die Einbrüche in den Kartenstellen fast gänzlich aufhörten.

d) Verrechnungsstellen.

Die Verrechnungsstellen hatten die Aufgabe, an die Kaufleute für die von ihnen eingelösten und abgerechneten Bezugsabschnitte Wieder-Bezugscheine auszugeben.

Veränderungen der Ernährungslage zogen häufig Änderungen der Vorschriften nach sich, was die Arbeit sehr erschwerte. Jede Abrechnung wurde geprüft und auf einer Kartei vorgemerkt, um durch Mengenvergleiche Betrügereien zu verhindern. Welche Mengen von Bezugsabschnitten von den Kaufleuten abgegeben wurden, zeigte der Abtransport des entwerteten Materials, das in einer Zuteilungsperiode(4 Wochen) durchschnittlich 30.000 kg betrug. Ferner wurden in den Verrechnungsstellen durch den Handel die Kleiderkartenpunkte, die Seifenkartenabschnitte und die Schuhbezugsscheine abgerechnet und hierfür Wiederbezugscheine ausgegeben.

Die Dienstaufsicht für die Verrechnungsstellen bestand aus einem Leiter und vier Fachreferenten. Ihre Tätigkeit erstreckte sich sowohl auf den Lebensmittel- als auch auf den gewerblichen Abschnitt. Bei den Lebensmittelhändlern führten sie stichprobenweise Nachkontrollen der Bedarfsnachweise durch. Eine Reihe von Kaufleuten mußte empfindlich bestraft werden, da die Überprüfung der Bedarfsnachweise und die Säckchenkontrolle Differenzen ergaben, die nicht mehr als bloße Irrtümer und Zählfehler, sondern als betrügerische Handlungen zu betrachten waren.

Die Fachreferenten nahmen auch an Versammlungen der Kaufleute teil, in denen sie über die Anordnungen des Landesernährungsamtes sprachen und Unklarheiten beseitigten, um eine rasche Abfertigung der Parteien bei der Verrechnung zu ermöglichen.

Für den Wirtschaftssektor waren Spinnstoffe und Seifen

zu verrechnen; seit 1. Juni 1943 auch die von den Schuhgeschäften und Schuhmachermeistern eingereichten Bezugscheine. Die Abrechnungen wurden durch Stichproben nachgeprüft.

e) Kartenhauptverteilerstelle.

Die Kartenhauptverteilerstelle verteilte die Lebensmittelkarten und Bezugsausweise an die einzelnen Kartenstellen.

Die Zustellung der Lebensmittelkarten bot besondere Schwierigkeiten, da sich der Treibstoffmangel immer mehr fühlbar machte und die durch die übermäßige Inanspruchnahme der Kraftwagen verursachte starke Abnutzung häufig Pannen hervorrief. Im Winter litt die Zustellung für die äußeren Bezirke oft unter den Schneeverwehungen.

Die Hauptverteilerstelle hatte über die Gebarung jeder Art von Lebensmittelkarten und Bezugsausweisen der Fachrechnungsabteilung für die kriegswirtschaftlichen Ämter allmonatlich eine Abrechnung vorzulegen. Durch Aufstellung der Belastung jeder Kartenstelle ermöglichte sie die Überprüfung der Gebarung der Kartenstellen. Die Abrechnungen und der Lagerbestand der Hauptverteilerstelle wurden durch die Fachrechnungsabteilung periodenweise, durch das Rechnungsprüfungsamt von Fall zu Fall, überprüft.

f) Beschaffungsstelle.

Die Beschaffungsstelle hatte in den 277 Karten- und Verrechnungsstellen und Exposituren folgende Aufgaben zu erfüllen: Raumbeschaffung, Übersiedlungen, Beschaffung von Möbeln sowie aller Bedarfsgegenstände für den Dienstbetrieb, Beleuchtung und Beheizung, Behebung von Baugebrechen, Reparaturen an Gas-, Wasser- und Klosettanlagen, Versorgung mit Koffern, Schlössern und Sicherheitsvorkehrungen, Führung des Inventars. Verdunkelungsanlagen, kleiner Instandsetzungen sowie Reparaturen an Möbeln, Schlössern und Lichtleitungen wurden im eigenen Wirkungsbereich durchgeführt.

6.) L a n d e s k u l t u r a n g e l e g e n h e i t e n .

Durch die Eingemeindung großer, agrarischer Gebiete erhielten die Aufgaben, die die Förderung der Landwirtschaft zum Ziele hatten, besondere Bedeutung. Im Kriege stellten sich bei

der Durchführung dieser Aufgaben allerdings beträchtliche Schwierigkeiten entgegen. So konnten bei der starken Nachfrage nach Zuchttieren Vatertiere nur selten angekauft werden, auch die Beschaffung von Futter stieß auf Schwierigkeiten. Für die Instandsetzung an den städtischen Landwirtschaftsgebäuden fehlten Arbeitskräfte und das Material konnte nur schwer beschafft werden. Die gleichen Hemmnisse bestanden beim Ankauf von arbeitssparenden Maschinen für die Gumpoldskirchner Weingärten. Da die Kriegsverhältnisse zu Ersparungen im städtischen Haushalt zwangen, konnten die unter Naturschutz gestellten Naturgebilde nicht weiter bezeichnet werden. Die Zahl der wasserrechtlichen Amtshandlungen ging zurück, weil die Bautätigkeit auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft stark eingeschränkt war.

a) Grundstückverkehr.

Die Verwaltungsgeschäfte nach der Grundstückverkehrsbe-
kanntmachung vom 26.1.1937 samt der hierzu erschienenen Verordnung
für Österreich vom 20.7.1938 stieg beträchtlich an. Von den nach
der Grundstückverkehrsbe-
kanntmachung zu beurteilenden oder zu
genehmigenden Rechtsgeschäften betraf der überwiegende Teil
Kaufverträge über landwirtschaftliche oder landwirtschaftlich
genutzte Grundstücke, die zur Erweiterung oder zum Ausbau an
Rüstungen oder sonstige kriegswichtige Betriebe übereignet
wurden. Bei den übrigen bearbeiteten Vertragsakten handelte es
sich zumeist um Pachtverträge oder um ihre Verlängerung, ferner
um Schenkungen, Tausch, Übergabe, Erbteilung, Gütergemeinschaft
und Anbote bei Zwangsversteigerungen.

b) Tierzucht.

Trotz des Krieges nahm die Tierzucht in Wien nicht we-
sentlich ab. In einigen Ortschaften ging die frühere gemeinde-
eigene Stierhaltung in die Hände von neugegründeten Bullenhal-
tungs- Vereinen über. In allen diesen Fällen wurden die vorhan-
denen gemeindeeigenen Bullen den neugegründeten Bullenhal-
tungs- Vereinen in das Eigentum übergeben und ihnen die der Stadt Wien
gehörenden Viehhalterhäuser samt den zur Stierhaltung erforder-
lichen Wiesen- und Ackerflächen zur kostenlosen Benützung über-
lassen.

Das Tierzuchtamt "Niederdonau Nordost", das für Wien

und Niederösterreich bis nach Znaim und Südmähren die tierzüchterisch zuständige Behörde war, veranstaltete Zuchtbullenauftriebe, bei denen der Zuchtbullenbedarf gedeckt werden konnte. Diese Auftriebe fanden in Zuchtgebieten des Fleckviehes statt, wo die Tiere herdbuchmäßig erfaßt waren und ständig der Leistungskontrolle unterlagen. Vor dem Auftrieb wurden die Stiere durch den Leistungs-Inspektor ausgesucht und nur solche Stiere aufgetrieben, deren Mütter und Großmütter eine entsprechende Milchleistung nach Menge und Fettgehalt der Milch aufweisen konnten.

In Groß-Mugl fand 1940 zum ersten Male der Verkauf in Form einer Versteigerung nach dem Reichstierzuchtgesetz statt, die bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung großen Anklang fand. Die Preise, die für die Bullen gezahlt wurden, bewegten sich zwischen 550 und 1.100 RM.

Um die Fragen der Stierhaltung zu regeln, wurden kommissionelle Besichtigungen abgehalten, an denen auch ein Vertreter des Tierzuchtamtes Niederdonau Nordost teilnahm. Die geplante Sanierung der Stierhaltungen, die Ausbesserungsarbeiten an den Viehhalterhäusern, Wohnungen und Stallungen, Abortanlagen, Umzäunungen, Neuanlagen von Ausläufen für die Zuchttiere, Herstellung von Sprungständen, konnte aus kriegswirtschaftlichen Gründen nicht in dem vorgesehenen Ausmaß durchgeführt werden.

Die Hauptkörungen wurden im Jahre 1940 zum 1. Male nach dem Reichstierzuchtgesetz, das in diesem Jahre Geltung erlangt hatte, als Sammelkörungen durchgeführt, wobei sich dieser Art von Körung, da sie ja eine Neuerung war, noch manche Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg stellten, sodaß in vielen Fällen die Körung von Haus zu Haus oder doch zumindest von Ortschaft zu Ortschaft durchgeführt werden mußte. Die Ursache lag vor allem in dem kriegsbedingten Mangel an geschulten Personal zum Treiben der Stiere und im Mangel an Fahrgelegenheiten, Ausladevorrichtungen und anderen Dingen, die zu beschaffen, nicht möglich waren.

Die Stiere gehörten durchschnittlich der Fleckviehrasse (Simmentaler Rot- und Gelbschecken) an, da es die Absicht der tierzüchterischen Behörden im Gebiete von Wien war, nur diese Rasse zuzulassen.

Die zur Zucht aufgestellten Eber gehörten der deutschen Edelschweinerasse an.

An Ziegenböcken sollte nur die deutsche Edelziege (Abkömmling der Schweizer Saanenziege), und zwar nur der kurzhaarige Schlag gekört werden. Indessen konnte ein strenger Maßstab nicht angelegt werden, weil es sich als unmöglich erwies, den Bedarf durch reinrassige Böcke zu decken. Die Widder gehörten der Württembergischen Landschaft an.

Die Stadt Wien besaß am 31.3.1945 folgende eigene Zucht-tiere:

32 Stiere, 1 Eber und 7 Ziegenböcke.

Diese Zuchttiere waren in 7 eigenen Haltungen und 10 privaten Haltungen untergebracht.

c) Sonstige Aufgaben.

Zur Förderung der Frühproduktion von Kartoffeln und um eine abermalige Benützung der Anbauflächen zu ermöglichen, wurde der Frühkartoffelbau in Wien gefördert. Zu diesem Zwecke wurden städtische Glashäuser zur Verfügung gestellt. Um den Weinbau zu fördern und die Produktion zu heben, stellte die Gemeinde Wien der Gumpoldskirchner Winzergenossenschaft zum Anbau eines Preßhauses an den Luegerkeller 36.500 RM zur Verfügung. Es wurde auch ein Lastenaufzug in das Gebäude eingebaut.

Der Feld-, Obst- und Gemüsebau wurde durch Zuwendung entsprechender Barmittel an die Landesbauernschaft für die Abhaltung von Obstbaukursen, Herstellung von Mistbeetfenstern, Ankauf von Bodenfräsen etc. gefördert. Auf dem Gebiete der Maulbeerzucht wurde durch Ankauf von Maulbeerpflanzen ein Beitrag zur Erhöhung der Seiden- und Fasergewinnung geleistet. Die Pflanzen wurden hauptsächlich in Schulgärten und öffentlichen Anlagen gesetzt und nach entsprechender Entwicklung den Interessenten für Seiden- und Fasergewinnung kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Gumpoldskirchner Wein- und Obstbaumschule hatte einen geringen Schulbesuch aufzuweisen, hervorgerufen einerseits durch die schwierigen Verkehrsverhältnisse, andererseits durch den Mangel an Arbeitskräften in den Wirtschaften, der eine Verwendung außerhalb des eigenen Betriebes nicht gestattete. Das an der Schule bestehende chemische Laboratorium und die Bibliothek wurden ausgestaltet. Neben dem Schulunterricht hielt die Schule kurzfristige Sonderlehrgänge wie Rebveredelungs-, Rebschutz-, Obstbau- und Gemüsebaukurse ab. Die der Schule angegliederte

Weingartenwirtschaft wurde durch den Ankauf eines Bergweingartens vergrößert. Den modernen Fortschritten im Weinbau und in der Kellerwirtschaft wurde sowohl im Interesse des Unterrichtes als auch der eigenen Wirtschaft Rechnung getragen und erprobte Maschinen und Geräte angeschafft.

Die wasserrechtliche Tätigkeit der Gemeindeverwaltung erstreckte sich im wesentlichen auf die Genehmigung von Notwasserversorgungs- und Feuerlöschanlagen hauptsächlich für Großbetriebe der Rüstungswirtschaft sowie auf die Erteilung von Bewilligungen für Ergänzungsbauten bei den Umschlagsanlagen an der Donau und dem Donaukanal, insoweit diese Bauten für wehrwirtschaftliche Zwecke notwendig waren. Im wesentlichen handelte es sich hier um die Anlagen, in den neuen Häfen in Albern und in der Lobau und um Mineralölumschlags- und -lagerplätze am Donaustrom sowie in der Lobau.

d) Kriegsschäden in der Landwirtschaft.

Im letzten Kriegsjahr fanden 40 Fliegerangriffe auf das Gebiet der Stadt Wien statt, wodurch 60 Ortschaften mehr oder minder große Schäden in der Landwirtschaft erlitten, und zwar wurden:

| | |
|-------------------|-----------------------------------|
| 8 mal bombardiert | 1 Ort (Simmering) |
| 7 " " | 2 Ortschaften(Donaufeld u.Kagran) |
| 5 " " | 8 Ortschaften |
| 4 " " | 2 Ortschaften |
| 3 " " | 8 Ortschaften |
| 2 " " | 15 Ortschaften und |
| 1 " " | 24 Ortschaften. |

Die entstandenen Kulturschäden konnten nicht mehr genau festgestellt werden.